

## Konjunktur aktuell: Aufschwung stockt: Warten auf die „zweite Luft“\*

### Internationale Konjunktur

#### Konjunktur in den Industrieländern verliert stark an Fahrt

Zum Ende des Jahres 2007 fallen die jüngsten Daten zur Lage der Weltwirtschaft und die Aussichten für das kommende Jahr weit auseinander: Zwar haben in den USA, in der Europäischen Union und in Japan Angebot und Nachfrage im dritten Quartal des Jahres schneller als im langjährigen Durchschnitt zugenommen. In den Schwellenländern wächst die Produktion weiter mit hoher Dynamik und der Welthandel hat im Sommer kräftig zugelegt. Jedoch deuten die jüngsten Indikatoren auf eine deutliche Abkühlung in den Industrieländern hin.

#### **Probleme des Bankensektors nehmen zu**

Hauptgrund der Eintrübung ist die erneute Zuspitzung der Lage auf den internationalen Finanzmärkten. Die wieder gewachsene Sorge, daß wie schon im Spätsommer einzelne Banken in Liquiditätsnöte geraten könnten, zeigt sich an den hohen Risikoaufschlägen für unbesicherte Interbankenkredite gegenüber Staatstiteln gleicher Fristigkeit: Die Aufschläge haben in den USA und in der Europäischen Union im Dezember einen neuen Höchststand erreicht. Nach einer zwischenzeitlichen Beruhigung Anfang Oktober hatten überraschend hohe Abschreibungen großer Banken auf ihre forderungsbesicherten Titel deutlich gemacht, daß die Krise auf den Märkten für diese *asset backed securities* noch nicht abklingt. Hintergrund ist die weitere Verschärfung der US-Immobilienkrise im Herbst: Die Häuserpreise fallen beschleunigt und die Zahlungsausfälle, besonders für Hypotheken minderer Bonität (*subprime mortgages*), nehmen weiter zu. Eine marktnahe Bewertung von *asset backed securities*, deren Wert zum Teil auf Hypotheken dieses Typs beruhen, ist weiterhin kaum möglich, weil diese Produkte kaum mehr nachgefragt werden.

Immobilienkrise und Finanzmarkturbulenzen ziehen sich in die Länge; ein Ende ist derzeit nicht abzuschätzen. Das liegt daran, daß beide Fälle von sich selbst verstärkenden Prozessen getrieben werden: Immobilien insolventer Hypothekenschuldner

werden in der Regel bald zum Verkauf angeboten. Das verstärkt den Preisverfall und dieser erhöht die Zahl der Insolvenzen. Im Fall der Finanzmärkte entfaltet sich eine Vielzahl von sich selbst verstärkenden Prozessen. So müssen manche Inhaber von durch Kreditforderungen abgesicherten Vermögenstiteln bei Herabstufung der Bonität die Titel verkaufen, was deren Preis noch weiter drückt und deren Bonität schwächt. Ein anderes Beispiel ist die jüngst zu beobachtende Verschlechterung der finanziellen Situation von Versicherern, die auf die Garantie von Schuldtiteln spezialisiert sind: Sollte deren Bonität von den großen Rating-Agenturen herabgestuft werden, zöge dies Bewertungsverluste sämtlicher von den Versicherern garantierten Titel nach sich.

Die Finanzmarkturbulenzen bringen nicht nur erhöhte Liquiditätsrisiken mit sich, auch die Eigenkapitalquoten haben sich zum Teil schon merklich verschlechtert. Das liegt nicht nur an den Abschreibungen. Manche Banken müssen auch Aktiva in ihre Bilanzen aufnehmen, die vorher in sogenannte Zweckgesellschaften ausgelagert waren, denn einige dieser Gesellschaften sind mittlerweile in finanzielle Not geraten. Außerdem müssen einige Aktiva heute als riskanter bewertet werden und benötigen daher eine stärkere Eigenkapitalunterlegung. Die drohende Verschlechterung der Bilanzposition von Banken in den USA und in Europa hat sich schon im Herbst in einer Verschärfung der Kreditkonditionen niedergeschlagen. In der Folge wird sich im nächsten Jahr die Krediterschöpfung deutlich verlangsamen; die Güternachfrage wird dadurch spürbar gedämpft.

#### **Konjunkturelles Gefälle verschärft währungspolitische Spannungen**

Die Zentralbanken können die strukturellen Probleme der Finanzmärkte nicht lösen, aber mit liquiditätspolitischen Maßnahmen dabei helfen, den Ausbruch einer regelrechten Bankenkrise zu verhindern und mit ihrer Zinspolitik die realwirtschaftlichen Folgen abzumildern. Die US-Notenbank hat im Herbst entsprechend ihren Leitzins dreimal um insgesamt einen Prozentpunkt auf 4,25% gesenkt. Die Finanzmärkte rechnen mit weiteren Schritten; die Geldpolitik wird in den USA damit im Jahr 2008 expansiv sein. Die EZB ist vorerst von ihrer im Sommer eingeplanten Leitzinserhöhung abge-

\* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 43/2007 am 18. Dezember 2007 veröffentlicht.

kommen. Dabei hat der starke Anstieg der Preise für Energie und Nahrungsmittel in diesem Jahr die Inflationsrate im Euroraum auf 3,1% und in den USA auf 3½% hochschnellen lassen. Dahinter stehen neben dürrebedingten Angebotsausfällen in der Landwirtschaft die längerfristigen Trends eines starken Anstiegs der Nachfrage aus den Schwellenländern für Energie sowie die dadurch angelegte Umwidmung von landwirtschaftlicher Fläche für die Produktion von Biokraftstoffen.

Kasten 1:  
Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Der US-Dollar-Kurs des Euro beträgt 1,50 im Jahr 2008 und 1,40 im Jahr 2009.
- Die Europäische Zentralbank läßt den maßgeblichen Leitzins im Prognosezeitraum konstant bei 4%.
- Der Welthandel expandiert im Jahr 2008 mit 6% und im Jahr 2009 mit knapp 7%.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im Jahr 2008 bei 94 US-Dollar pro Barrel und im Jahr 2009 bei 100 US-Dollar.

Die Wechselkursbewegungen der vergangenen Monate dämpfen den Preisanstieg für Konsumenten im Euroraum, nicht aber für amerikanische Verbraucher. Denn die Zinssenkungen der US-Notenbank haben zusammen mit der Verschlechterung der Renditeaussichten in den USA den Dollar weiter abwerten lassen – gegenüber dem Euro auf etwa 1,45 Mitte Dezember. Damit greift ein wichtiger Marktmechanismus zur Verringerung des hohen US-Leistungsbilanzdefizits: Die Dollarschwäche macht in den USA die Umlenkung von Ressourcen in die Produktion handelbarer Güter attraktiv. Zugleich verringert der boomende US-Export die dortigen Rezessionsgefahren. Allerdings haben ausgerechnet die Währungen von Ländern, die durch ihre Überschüsse das US-Leistungsbilanzdefizit zu einem Großteil finanzieren, kaum gegenüber dem Dollar gewonnen: Die Golfstaaten halten (mit Ausnahme von Kuwait) vorerst an der Bindung ihrer Währungen an den Dollar fest und China läßt den Renminbi nur gemächlich aufwerten, seit Jahresbeginn um knapp 6% und damit um halb soviel wie der Euro. Die künstliche Schwächung ihrer Währungen bekommen die Länder durch gestiegenen Inflationsdruck zu spüren. Eine reale Aufwertung scheint unvermeidlich – sei es durch Infla-

tion oder durch eine behutsame Lösung der Währungen von ihrer engen Bindung an den Dollar.

### *Aussichten für 2008 eingetrübt*

Im Jahr 2008 wird sich der weltwirtschaftliche Aufschwung erst einmal nicht fortsetzen. Die Gründe dafür liegen in der anhaltenden US-Immobilienkrise, in den durch sie ausgelösten Belastungen der Finanzmärkte und auch in Kaufkraftverlusten der Verbraucher in den Industrieländern aufgrund der neuerlich stark gestiegenen Energiepreise. Freilich ist auch nicht mit einer Rezession zu rechnen. Wirtschaftspolitische Eingriffe werden in den USA die schlimmsten Auswirkungen der Immobilienkrise abfedern, und die Weltfinanzmärkte profitieren schon gegenwärtig davon, daß die Staatsfonds von Schwellenländern wie China von ihrer strikten Sicherheitsorientierung abrücken und langfristig renditeträchtigere Anlagen suchen.

Die Risiken sind freilich beträchtlich: Die angesprochenen Belastungsfaktoren können gravierender ins Gewicht fallen als hier unterstellt. Darüber hinaus steht die Kommunikationsstrategie der Geldpolitik in den USA und im Euroraum vor einer besonderen Herausforderung: Die Inflationsraten in den beiden Währungsräumen werden die längste Zeit des Jahres 2008 deutlich über der von den Notenbanken implizit oder explizit angestrebten Teuerung von etwa 2% liegen, und die Zentralbanken werden gute Gründe haben, darauf nicht mit einer Verschärfung ihres geldpolitischen Kurses zu reagieren. Sie müssen aber dabei der Öffentlichkeit glaubhaft machen, daß sie das Ziel der Preisniveaustabilität trotzdem im Auge behalten. Wenn das nicht gelingt, droht ein Rückfall in die makroökonomischen Turbulenzen der siebziger und achtziger Jahre.

### **USA: Rezession wird trotz Immobilienkrise und Finanzmarkturbulenzen vermieden**

Am Jahresende 2007 haben die Sorgen um die US-Konjunktur erheblich zugenommen. Noch im dritten Quartal expandierte das Bruttoinlandsprodukt, auch dank starker Exporte, mit einer Rate von fast 5%. Jedoch konnte die Inlandsnachfrage ohne Lageraufbau lediglich um 2,2% steigen. Die bisher treibende Kraft der amerikanischen Konjunktur, der private Konsum, dürfte nun von der Immobilienmarktkrise und der Verteuerung von Energie gedrückt werden. Aber auch bei den Investitionen gibt es Hinweise für eine Verlangsamung.

Für das kommende Jahr muß mit zusätzlichen dämpfenden Wirkungen von den durch die Immobilienkrise ausgelösten Finanzmarkturbulenzen gerechnet werden. Restriktivere Kreditvergaberichtlinien und eine stagnierende oder gar sinkende Vermögensposition von Haushalten und Unternehmen werden die inländische Nachfrage belasten. Ein Ende der Hypothekenkrise ist nicht abzusehen, schon weil ein großer Teil der Zinsanpassungen nach oben bei Hypotheken mit variablen Zinssätzen noch bevorsteht. Darüber hinaus gibt es in jüngster Zeit auch Anzeichen dafür, daß neben Hypotheken auch Konsumentenkredite, etwa im Bereich der Automobilfinanzierung, vermehrt von Ausfällen betroffen sind.

Die Kreditkrise hat auch die Wirtschaftspolitik auf den Plan gerufen. So hat die Regierung vor, die Hypothekenfinanzierer zu einem kollektiven Einfrieren des Zinsniveaus für bestimmte Schuldnergruppen zu bewegen, um die Zahl der Insolvenzen zu begrenzen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß dabei dauerhaft auf öffentliches Geld verzichtet werden kann. Deshalb, aber auch wegen der im nächsten Jahr anstehenden Präsidentschaftswahlen, ist nach einem Budgetdefizit des Bundes von 1,2% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt im Fiskaljahr 2007 für das laufende Fiskaljahr mit einem Anstieg der Fehlbetragsquote auf rund 2% zu rechnen.

Die Geldpolitik befindet sich in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite bestehen erhebliche Inflationsrisiken aufgrund des Rohstoffpreisanstiegs; die Inflationsrate, gemessen am Konsumentenpreisindex, betrug zuletzt wieder deutlich mehr als 3%. Auf der anderen Seite hat sich die Lage auf den Kreditmärkten im Spätherbst eher noch einmal verschlechtert, und die konjunkturellen Aussichten sind trübe. Die Zentralbank hat deshalb seit September ihre Inflationsorgen zurückgestellt und den Leitzins dreimal um insgesamt einen Prozentpunkt gesenkt. Bis zum Frühjahr 2008 wird wohl noch ein weiterer halber Punkt folgen. Mit 3,75% wird der Leitzins für den Rest des Jahres damit auf deutlich expansivem Niveau liegen.

Eine schwache Entwicklung des privaten Konsums wird auch im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums die gesamtwirtschaftliche Nachfrage belasten. Zum einen begrenzen der hohe Verschuldungsgrad der privaten Haushalte und die ungünstigeren Kreditkonditionen die Konsummöglichkeiten. Zum anderen werden die privaten Einkommen wohl deutlich langsamer steigen als in den vergangenen Jahren. In diesem Umfeld werden auch

die Unternehmensinvestitionen nur schwach ausgeweitet, und die Wohnungsbauinvestitionen werden noch bis in den Sommer 2008 hinein schrumpfen. Neben der Wirtschaftspolitik wird es wohl auch den günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen zu verdanken sein, daß es bei alledem nicht zu einer Rezession kommt. Denn die Dollarschwäche bewirkt, daß Importgüter zunehmend durch heimische Produkte ersetzt werden und daß die Exporte, auch gestützt von der recht robusten Konjunktur in den Schwellenländern, weiter kräftig expandieren. Im Lauf des Jahres entfalten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen mehr und mehr ihre Wirkung und die US-Konjunktur beschleunigt sich wieder. Zuwächse in Größenordnung des Potentialwachstums, also zwischen 2½ und knapp 3%, dürften freilich nicht vor 2009 erreicht werden. Das Leistungsbilanzdefizit wird im Jahr 2008 unter 5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt fallen.

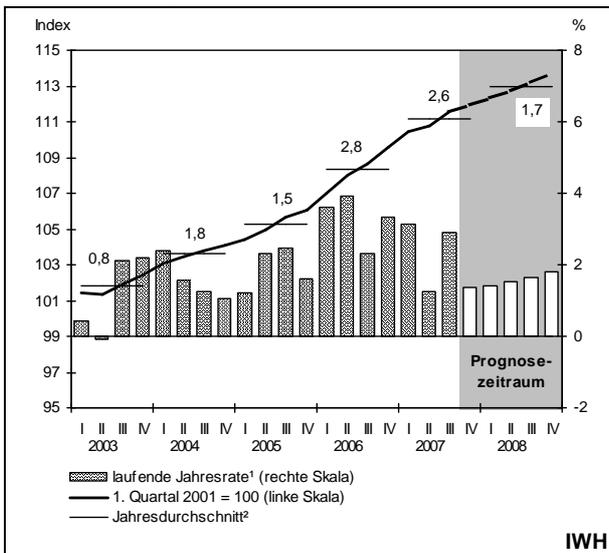
## Europäische Union

### *Konjunktur im Euroraum bewältigt Belastungen*

Auch im Euroraum sind Unternehmen und Haushalte am Jahresende bezüglich der kurzfristigen wirtschaftlichen Aussichten skeptischer geworden. Dabei war der Aufschwung vor allem dank lebhafter Investitionstätigkeit im dritten Quartal noch intakt. Mittlerweile ist aber deutlich geworden, daß die Wirtschaft im Euroraum im Jahr 2008 eine Reihe von Belastungen bewältigen muß.

Die Globalisierung der Finanzmärkte bringt es mit sich, daß das europäische Bankensystem in kaum geringerem Maß als das amerikanische von der Krise des US-Hypothekarkredits und den Finanzmarkturbulenzen betroffen ist. Eine Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft im Oktober zeigte, daß die Banken per saldo bereits zu diesem frühen Zeitpunkt mit einer Verschärfung der Vergabekonditionen für Unternehmen und für den Wohnungsbau privater Haushalte reagiert haben. Diese Tendenz wird sich im Winter wohl fortsetzen. Die schon im Verlauf des Jahres 2007 über gestiegenen Finanzierungskosten werden im Winter noch einmal zunehmen. In Irland und Spanien fällt dieser Kostenanstieg mit dem Ende eines langjährigen Immobilienpreis- und Baubooms zusammen. Auch im Euroraum als Ganzes wird sich der Investitionsaufschwung der vergangenen Jahre wohl nicht fortsetzen.

Abbildung 1:  
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum  
- Saisonbereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – <sup>2</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2007: Prognose des IWH.

Die Aufwertung des Euro im abgelaufenen Jahr belastet vornehmlich Produzenten, die unter starkem internationalen Wettbewerbsdruck stehen. Andererseits bringt sie auch einen Terms-of-Trade-Gewinn, der die Kaufkraftverluste der Haushalte infolge des starken Anstiegs der Energiepreise im Jahr 2007 dämpft. Die Verbraucherpreise, gerade auch für Lebensmittel, haben zum Jahresende kräftig angezogen. Trotz günstiger Beschäftigungsentwicklung und vereinzelt höherer Tarifabschlüsse bleiben die Lohnzuwächse insgesamt offensichtlich sehr moderat. Auch im Jahr 2008 werden die Pro-Kopf-Realeinkommen der Arbeitnehmer im Euroraum kaum mehr als stagnieren und der private Konsum wird keine hohe Dynamik entfalten.

Begrenzte Impulse für den privaten Konsum gehen aber von einer recht hohen Arbeitsplatzsicherheit aus, denn die Beschäftigung entwickelt sich gut und die Arbeitslosenquote fällt seit nunmehr zweieinhalb Jahren stetig. Ein Grund dafür sind sicher die geringen Reallohnsteigerungen. Sie sind das Spiegelbild der guten Gewinnentwicklung im Unternehmenssektor, welche die Investitionstätigkeit auch im Jahr 2008 stützen wird. Auch dürften Anbieter aus dem Euroraum wiederum in besonderem Maß vom Nachfrageanstieg aus wichtigen Ölförderländern profitieren. Diese Faktoren sprechen dafür, daß die Konjunktur nach einem deutlichen Abfall im Winter im Lauf des Jahres nach

und nach wieder Fahrt aufnehmen wird. Dabei ist unterstellt, daß sich ab dem Sommer die Finanzmarkturbulenzen legen werden. Anfang 2009 expandiert die Produktion dann wieder mit einer Rate, die nahe am Wachstumstrend von gut 2% liegt.

Tabelle 1:  
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für den Euroraum in den Jahren 2007 bis 2009

	2007	2008	2009
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,7	2,0
Private Konsumausgaben	1,5	1,7	1,7
Staatskonsum	2,0	1,8	1,5
Anlageinvestitionen	4,6	2,2	3,3
Außenbeitrag <sup>a</sup>	0,4	0,0	0,0
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verbraucherpreise <sup>b</sup>	2,2	2,5	2,0
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote <sup>c</sup>	7,4	7,2	7,1

<sup>a</sup> Veränderung des Außenbeitrags gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. – <sup>b</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>c</sup> Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 2007: Prognose des IWH (Stand: Dezember 2007).

### Großbritannien: hohe Verwundbarkeit

Im Jahr 2007 expandierten Angebot und Nachfrage in Großbritannien bis zum dritten Quartal mit hohem Tempo. Mittlerweile ist aber deutlich geworden, daß das Land von den gegenwärtigen Belastungsfaktoren für die Industrieländer, also von der Schwäche der Immobilienmärkte und den Finanzmarkturbulenzen, in stärkerem Maß betroffen ist als etwa das europäische Festland. Wie in den USA, so scheinen nämlich auch in Großbritannien die Immobilienpreise nach jahrelangem Boom jetzt nachzugeben, und wie in den USA müssen sich viele hochverschuldete Hausbesitzer auf einen starken Anstieg ihrer Hypothekenzinsen einstellen. Allerdings sind die besonders gefährdeten Hypothekenkredite niedrigerer Bonität (*non-conforming loans*) wohl doch deutlich solider als ihre amerikanischen Entsprechungen, also die *subprime loans*. Der zweite große Belastungsfaktor sind die realisierten und noch zu erwartenden Verluste im Finanzsektor, welcher mit dem Weltfinanzzentrum London für die britische Wirtschaft eine überragende Bedeutung hat.

Weil die Haushaltslage schon seit einigen Jahren recht angespannt ist, sind die Handlungsspiel-

räume der Finanzpolitik begrenzt. Dagegen hat die Bank of England Anfang Dezember ihren Leitzins von dem im internationalen Vergleich recht hohen Niveau von 5,75% um einen viertel Prozentpunkt gesenkt. Im Zuge einer kräftigen konjunkturellen Abkühlung wird sie im Jahr 2008 diesem Schritt wohl noch weitere folgen lassen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird mit 1,8% deutlich langsamer zulegen als im Jahr 2007 (geschätzte 3%), die Konsumentenpreise werden wie im Jahr 2007 mit 2,3% zulegen.

### ***Dynamik in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern schwächt sich etwas ab***

Bislang wenig beeindruckt von den Finanzmarkt-turbulenzen expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Mitteleuropa mit einer Rate von etwa 6% wiederum kräftig. Eine Ausnahme bildet Ungarn, das seit 2006 in einer Stabilisierungskrise steckt. Die Ausweitung der Wirtschaftsaktivität wurde in der Region ganz überwiegend von der Binnennachfrage gestützt. Insbesondere die Anlageinvestitionen profitierten von gestiegenen Unternehmensgewinnen, ausländischen Direktinvestitionen und der EU-Förderung von Infrastrukturinvestitionen. Der private Konsum wurde durch die Zunahme der Beschäftigung und kräftig expandierende Reallöhne gestützt. In den meisten Ländern ging die hohe Binnennachfrage mit einem stärkeren Anstieg der Importe einher, der zur Passivierung der Handelsbilanzen führte.

Der Preisanstieg hat sich fast überall im Zuge der konjunkturellen Dynamik beschleunigt, wozu in vielen Ländern, etwa in Polen und in der Tschechischen Republik, der Anstieg der Lohnstückkosten beitrug. Die Inflationsraten liegen derzeit im Durchschnitt über jener im Euroraum.

Im nächsten Jahr wird sich das Expansions-tempo in den mittel- und osteuropäischen Ländern leicht verlangsamen, nicht zuletzt wegen der stark gestiegenen Energiekosten. Andererseits sind die Folgen der voraussichtlichen Abschwächung in den USA eher gering, weil die USA für die mittel- und osteuropäischen Länder als Absatzmarkt nicht sehr bedeutend sind. Zudem sind die neuen Mitgliedsländer bisher von den Finanzmarkt-turbulenzen recht wenig tangiert worden. Allerdings dominieren westliche Großbanken vielerorts über Tochterinstitute den Finanzsektor und es ist damit zu rechnen, daß diese Institutionen ihre Kreditkonditionen ebenso wie die Konzernmütter verschärfen. Zudem bedeutet die Verunsicherung auf den internationalen

Finanzmärkten auch eine Zunahme des Finanzkrisenrisikos in Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten. Hier sind neben den baltischen Staaten Bulgarien und vor allem Rumänien zu nennen.

## **Deutsche Konjunktur**

### **Aufschwung stockt**

In Deutschland hat sich das konjunkturelle Umfeld zum Jahresende eingetrübt. Zwar scheint der deutsche Bankensektor insgesamt trotz einiger bekannt gewordener Einzelfälle bislang wenig in die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten verstrickt zu sein, die verlangsamte Expansion von für Deutschland wichtigen Außenmärkten und die Verschärfung der Bedingungen der Kreditvergabe dämpfen jedoch die konjunkturellen Aussichten.

Hinzu kommt, daß die Konsummöglichkeiten zwar infolge des anhaltenden Anstiegs der Beschäftigung und der Erwerbseinkommen ausgeweitet werden, der Einkommenszuwachs einen großen Teil der privaten Haushalte jedoch nicht erreicht und die Teuerung auf einem Stand ist, bei dem Einkommen und Konsum real hinter den bisher prognostizierten Entwicklungen deutlich zurückbleiben werden.<sup>1</sup> So wird die gegenseitige Verstärkung der konjunkturellen Impulse von Exportgeschäft, Investitionstätigkeit und Konsum vertagt, und die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Aktivität läßt im Jahr 2008 zunächst nach. Unabhängig davon spielt in den ersten Monaten des neuen Jahres die Zurückhaltung der Unternehmen mit Anlageinvestitionen infolge der Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen eine Rolle.

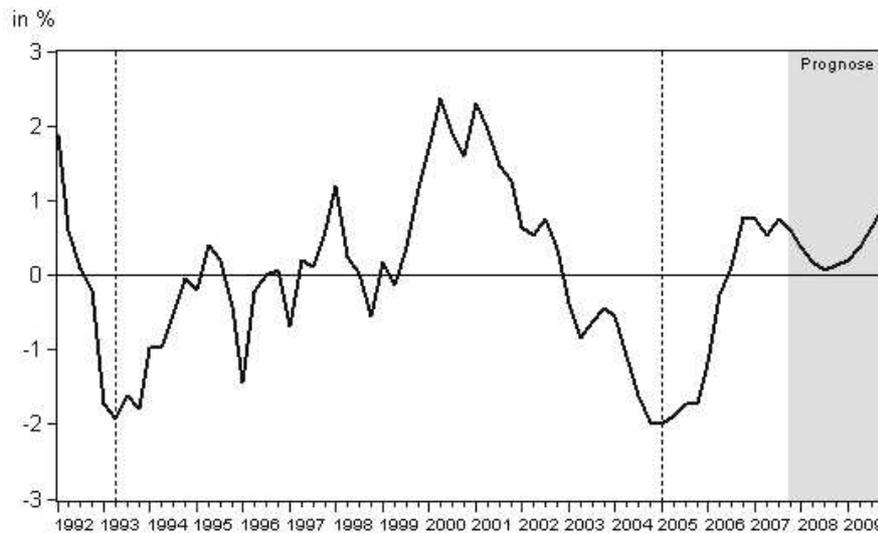
Der Aufschwung ist mit der vorübergehenden Verlangsamung des Expansionstempos nicht beendet, sondern lediglich unterbrochen. Ähnlich wie 1998/1999 sind es Schocks von den Finanzmärkten, die dafür verantwortlich zeichnen. Auch diesmal kommen sie von außen und treffen auf eine robuste Verfassung der deutschen Wirtschaft. Erst nach dem Schwinden der Schocks dürfte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 wieder verstärken. Zwar regen die monetären Rahmenbedingungen nicht an, aber die Finanzpolitik dürfte nicht mehr bremsen. Auch gibt die Teuerung im Zeitablauf nach und be-

---

<sup>1</sup> Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Aufschwung in Deutschland ungebrochen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2007, S. 290 ff.

Kasten 2:  
Output-Lücke<sup>a</sup> und Konjunkturzyklen seit 1992

Das Konzept der Output-Lücke beschreibt die Abweichung der realisierten Produktion (Bruttoinlandsprodukt) vom Produktionspotential. Diese Größe dient üblicherweise zur Positionsbestimmung der Konjunktur. So werden etwa die Hoch- und Tiefpunkte der Output-Lücke herangezogen, um Konjunkturzyklen abzugrenzen. Die obige Abbildung veranschaulicht die Entwicklung der Output-Lücke seit 1992. Dabei kann man zwei ausgeprägte Tiefpunkte – das zweite Quartal 1993 und das erste Quartal 2005 – identifizieren, innerhalb derer ein abgeschlossener Konjunkturzyklus beschrieben werden kann.



<sup>a</sup> Definiert als Abweichung des Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotential in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Das zur Ermittlung der Output-Lücke benötigte Produktionspotential läßt sich nicht beobachten und muß geschätzt werden. Neben verschiedenen Filtermethoden (z. B. Hodrick-Prescott-Filter, Baxter-King-Filter, Christiano-Fitzgerald-Filter) eignen sich dafür vor allem strukturell orientierte Ansätze. Der hier zugrundeliegende Schätzansatz basiert auf einer gesamtwirtschaftlichen Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Der Faktor Arbeit, das langfristige Arbeitsvolumen, wird dabei über eine NAIRU-Schätzung gewonnen, während der Faktor Kapital mit dem gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock (ohne Wohnbauten) beschrieben wird. Zudem wird der technische Fortschritt über einen linearen Trend abgebildet. Im Prognosezeitraum wird die Entwicklung des Produktionspotentials mit dem makroökonomischen Modell des IWH bestimmt. Für die Produktion wird die aktuelle Konjunkturprognose bis 2009 unterstellt.

lastet dann weniger stark als derzeit. Schließlich wird die konjunkturelle Delle überwunden, der Aufschwung setzt sich fort und erreicht dann 2009 sein Spätstadium.

Ein Indiz für das Vertrauen der Wirtschaft in die Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung ist die Lage am Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich auch während der kurzzeitigen Schwäche fortsetzen. Allerdings darf die Politik die erreichte Flexibilität am Arbeitsmarkt nicht weiter untergraben.

***Verlangsamung der Weltkonjunktur bremst Exportanstieg***

Nach den kräftigen Zuwächsen im Vorjahr hat sich die Dynamik im Außenhandel 2007 abgeschwächt und die Warenausfuhren expandieren seit Jahresbeginn deutlich langsamer. Verantwortlich dafür waren die weltweite konjunkturelle Verlangsamung und die kontinuierliche Aufwertung des Euro seit Anfang 2006. Die deutsche Wirtschaft hat gegenüber wichtigen Fremdwährungsländern an preis-

licher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. So gingen die Warenlieferungen in die USA, nach Japan und in weitere ostasiatische Länder zurück.<sup>2</sup> Erst im dritten Quartal haben sich die Exporte in die USA wieder stabilisiert. Auch die Ausfuhren in die EU expandierten nicht mehr so stark; gleichwohl waren sie weiterhin aufwärtsgerichtet. Neben dem relativ robusten konjunkturellen Aufschwung in den meisten Mitgliedstaaten machte sich auch die weiterhin günstige Entwicklung der Arbeitskosten in Deutschland bemerkbar. Die Wettbewerbsposition Deutschlands innerhalb der EU verbesserte sich dadurch erneut.

Trotz der nach wie vor vorhandenen Auftriebskräfte bestehen vor allem in der kurzen Frist einige Risiken für die Exportentwicklung. Diese ergeben sich zum einen aus den Rückwirkungen der Krise an den Finanzmärkten auf die ausländische Konsum- und Investitionsnachfrage, in deren Folge vor allem die Ausfuhren in die USA, aber auch in andere wichtige Industrieländer bis zur Mitte des Jahres 2008 gedämpft werden. Zum anderen wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter weiterhin durch den starken Euro beeinträchtigt.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2008 wird die Weltkonjunktur wieder Fahrt aufnehmen und den deutschen Export anregen. Insbesondere die EWU-Mitglieder und die mittel- und osteuropäischen Länder werden mit dem allmählichen Abklingen der Finanzmarktkrise ihre Nachfrage nach deutschen Gütern wieder deutlich ausweiten. Gleiches gilt für die Ölförderländer, die weiterhin von hohen Öleinnahmen profitieren, und auch die Ausfuhren nach Ostasien fassen wieder Tritt. Im Jahr 2009 wird sich die konjunkturelle Entwicklung auch in den USA festigen und die Impulse aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld verstärken sich weiter. Zudem dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dann wieder leicht verbessern, so daß die Ausfuhren 2009 um 6,9% zunehmen werden, nach 6,4% im Jahr 2008.

Die Einfuhren standen in der ersten Jahreshälfte 2007 im Zeichen der verhalteneren Produktionsentwicklung. Die Konsumzurückhaltung infolge der Anhebung des Regelsatzes der Mehrwert-

<sup>2</sup> Wesentliche Ursache hierfür ist jedoch das aufgrund von Nachmeldungen statistisch überzeichnete vierte Quartal des Vorjahres. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fallen die Rückgänge bei den Ausfuhren in die USA und die NAFTA-Länder deutlich geringer aus; die Warenexporte in die übrigen Länder und Regionen haben sich im Vorjahresvergleich erhöht.

Tabelle 2:  
Deutsche Exporte nach Regionen  
- Spezialhandel in jeweiligen Preisen; saisonbereinigt -

Ländergruppen	Veränderung gegenüber Vorzeitraum in %			
	2006	2007		
		1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.
EU 25	11,7	5,8	0,3	2,1
Neue EU-Länder <sup>a</sup>	23,1	4,8	2,6	4,0
NAFTA <sup>b</sup>	12,9	-9,7	-2,2	3,1
USA	12,9	-10,5	-2,3	2,9
Ostasien <sup>c</sup>	17,9	-13,2	3,1	-1,9
China	29,9	-13,5	7,8	-0,7
Übrige Welt	20,0	-10,0	3,0	1,1
Rußland	35,6	-5,2	5,0	1,1
Insgesamt	13,9	-0,2	0,9	1,8
	in % des nominalen BIP in Deutschland			
	2006	2007		
		1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.
EU 25	23,9	25,5	25,3	25,6
Neue EU-Länder <sup>a</sup>	3,6	4,0	4,0	4,1
NAFTA <sup>b</sup>	3,9	3,6	3,5	3,6
USA	3,4	3,1	3,0	3,1
Ostasien <sup>c</sup>	3,1	3,0	3,1	3,0
China	1,2	1,2	1,2	1,2
Übrige Welt	7,4	7,5	7,7	7,7
Rußland	1,0	1,1	1,2	1,2
Insgesamt	38,4	39,7	39,6	40,0

<sup>a</sup> Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – <sup>b</sup> USA, Kanada, Mexiko. – <sup>c</sup> Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

steuer dämpfte die Importnachfrage. Erst ab Mitte des Jahres verliehen die Binnennachfrage und der Export den Einfuhren wieder Auftrieb. Dieser wird sich jedoch in der ersten Hälfte des Jahres 2008 vorübergehend abschwächen. Vor allem die dann schwach expandierende Investitionstätigkeit bremst die Einfuhr von Investitionsgütern, die über ein Drittel des gesamten Warenimports ausmachen. Zudem dämpft die schwächere Exportentwicklung die Vorleistungsimporte. Die zunehmende Belegung der Gesamtnachfrage im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird die Importe jedoch nach und nach wieder anregen. Alles in allem werden aufgrund der insgesamt schwächeren Impulse vom weltwirtschaftlichen Umfeld und der wechselkurs- und lohnstückkostenbedingt ungünstigeren Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen die Importe über den gesamten Pro-

gnosezeitraum hinweg stärker zunehmen als die Exporte. Folglich fallen die Wachstumsbeiträge des Außenhandels im Prognosezeitraum deutlich geringer aus als in den beiden Jahren zuvor.

Tabelle 3:  
Reale Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen

	2006	2007	2008
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte	12,5	8,0	6,4
Importe	11,2	6,2	7,2
	<i>in % zum BIP</i>		
Exporte	47,6	50,2	52,5
Importe	41,7	43,3	45,6
	<i>Außenbeitrag</i>		
Wachstumsbeitrag <sup>a</sup>	1,1	1,1	0,0

<sup>a</sup> Veränderung des Außenbeitrags gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.

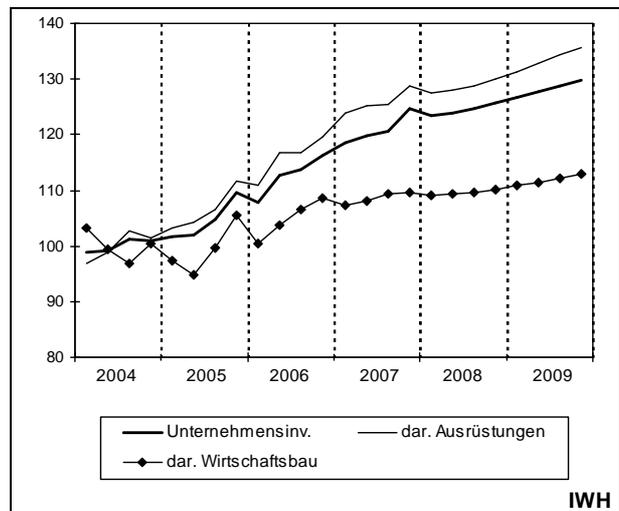
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2007 und 2008: Prognose des IWH.

Seit Beginn des Jahres 2007 haben sich die Rohstoffpreise, die maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Einfuhrpreise nehmen, auf US-Dollar-Basis um 50% erhöht. Allerdings hat die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar den Anstieg der Importpreise abgemildert. Die derzeit angespannte Situation an einigen Rohstoffmärkten wird sich nicht weiter verschärfen und der Druck auf die Einfuhrpreise Anfang 2008 wird nachlassen. Erst 2009 dürfte die Dynamik aufgrund der anziehenden Weltkonjunktur wieder etwas zunehmen. Auch die Ausführpreise werden 2008 nur geringfügig, im Jahr 2009 aufgrund der zunehmenden Nachfrageausweitung auf den Weltmärkten wieder etwas beschleunigt zunehmen. Die Terms-of-Trade bleiben im Prognosezeitraum nahezu konstant.

### ***Dynamik der Unternehmensinvestitionen läßt vorübergehend nach***

Im Jahr 2007 haben die Unternehmen infolge fortbestehender Engpässe ihre Investitionen in die Erweiterung und Modernisierung der Produktionskapazitäten kräftig ausgeweitet. Zwar hatte sich die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf des Sommerhalbjahres etwas abgeschwächt. Da jedoch die Vorteile der degressiven Abschreibung nur für bis zum 31. Dezember 2007 angeschaffte Ausrüstungsgüter in Anspruch genommen werden

Abbildung 2:  
Reale Unternehmensinvestitionen in Deutschland - Kettenindex 2004 = 100, saison- und arbeitstäglich bereinigt -



Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006: Schätzung, 2007, 2008, 2009: Prognose des IWH.

Tabelle 4:  
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland - Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2006	2007	2008
Ausrüstungsinvestitionen	8,3	8,0	3,0
Sonstige Anlagen	6,7	5,2	4,0
Bauinvestitionen	4,3	2,6	0,3
Wohnbauten	4,3	0,7	-1,0
Nichtwohnbauten			
Gewerbliche Bauten	4,0	4,5	2,0
Öffentliche Bauten	4,9	6,7	1,5
Anlageinvestitionen insgesamt	6,1	5,0	1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2007: Schätzung, 2008: Prognose des IWH.

können, dürften zum Jahresausklang nochmals vermehrt Investitionsvorhaben umgesetzt worden sein. Darauf deuteten die zuletzt eingegangenen Bestellungen aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten hin. Zudem hat die zum 1. Oktober 2007 in Kraft getretene strengere Emissionsnorm die Anschaffung neuer Nutzfahrzeuge angetrieben. Im Rahmen der Erweiterung des Ausrüstungsbestands haben auch die Investitionen in sonstige Anlagen und Wirtschaftsbauten deutlich zugelegt.

Im Prognosezeitraum werden die Unternehmen ihre Investitionen nicht mehr in dem hohen Tempo ausweiten. Zu Beginn des Jahres 2008 fehlen die vorgezogenen Investitionen. Zugleich trüben sich die Absatzperspektiven der Unternehmen wegen der schwächeren Nachfrageimpulse aus dem Ausland ein. Dies reduziert mit den steigenden Energieprei-

sen und den erhöhten Lohnstückkosten die Gewinnerwartungen der Unternehmen. Auch die Finanzierungsseite betreffend ist mit einer Dämpfung der Investitionsdynamik zu rechnen. Zwar ist die Ertrags- und Bilanzsituation eines großen Teils der Unternehmen aufgrund der in den zurückliegenden Jahren erwirtschafteten Gewinne noch respektabel. Einerseits wird die Nachfrage nach Krediten seitens der Unternehmen nicht mehr so stark zunehmen wie in den zurückliegenden Quartalen. Andererseits dürfte auch die stärkere Berücksichtigung der Risiken in den Kreditkonditionen die Investitionsbereitschaft bis weit in das Jahr 2008 hinein dämpfen.<sup>3</sup> Auch sinkt die Möglichkeit für Unternehmen, Anleihen auszugeben. Alles in allem expandieren die Investitionen in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten im Jahr 2008 weniger als halb so stark wie im Jahr zuvor. Die sonstigen Anlagen behalten allerdings wegen eines kontinuierlich steigenden Bedarfs an Softwareprodukten ein immer noch vergleichsweise hohes Expansionstempo bei.

Im Jahr 2009 wird die Investitionsnachfrage der Unternehmen wieder leicht anziehen. Die Absatzexpectationen im In- und Ausland verbessern sich und die Kreditkonditionen lockern sich wieder etwas. Die Lohnstückkosten nehmen zwar nochmals zu; ihr moderater Anstieg dürfte die Gewinnaussichten aber nur wenig dämpfen.

### ***Differenzierte Entwicklung der Bauinvestitionen***

Nach einer länger anhaltenden Talfahrt sind die Bauinvestitionen nun bereits das zweite Jahr in Folge gestiegen. Anders als im Jahr 2006, als alle Bausparten am Aufschwung teilhaben konnten, kam der Impuls im Jahr 2007 nur noch aus der Errichtung von gewerblichen und öffentlichen Bauten. Ausschlaggebend war die allgemeine konjunkturelle Besserung.

Die Wohnungsbauinvestitionen haben im Verlauf des Jahres 2007 einen Rückschlag erhalten. Die dafür verantwortlichen Nachfrageausfälle wegen der Mehrwertsteuererhöhung und wegen des Wegfalls der Eigenheimzulage werden bis in die Mitte des Jahres 2008 nachwirken. Allerdings zeichnen sich bislang keine Probleme bei der Immobilienfinanzierung wie in anderen Ländern Europas und in den USA ab. Dies stützt die Prognose, daß

---

<sup>3</sup> Nach dem Bank Lending Survey vom Oktober 2007 werden sich die Kreditrichtlinien (credit standards) an Unternehmen in Deutschland in den nächsten Monaten etwas verschärfen. Dies trifft in besonderem Maß auf Großunternehmen und langfristige Kredite zu.

im späteren Verlauf des Jahres 2008 und 2009 die Erholung am Arbeitsmarkt mit einer größeren Arbeitsplatzsicherheit und gestiegenen Einkommenserwartungen in einer wieder allmählich steigenden Wohnungsbaunachfrage zum Tragen kommt. Dies dürfte vor allem den Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand Impulse verleihen. Wegen der weiter steigenden Energiepreise und gestützt durch staatliche Förderung sind im Prognosezeitraum vor allem verstärkt Baumaßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zu erwarten. Auch der Neubau von Eigenheimen und der Geschößwohnungsbau werden sich – wenn auch allmählich und insbesondere in Regionen mit Zuzügen – beleben. Den negativen Folgen von Seiten der demographischen Entwicklung wirken dabei hohe Qualitätsansprüche, die noch zunehmende Haushaltszahl und der steigende Flächenbedarf entgegen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Jahr 2008 nochmals zunehmen, wenn auch nicht so kräftig wie im Jahr zuvor. Verantwortlich sind die weniger stark steigenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Die zusätzlichen Investitionsausgaben werden vor allem dem Aus- und Neubau von Kindertagesstätten zugute kommen. Bei den laufenden Investitionsvorhaben spielen vor allem der Verkehrswegebau und die energetische Sanierung öffentlicher Bauten eine große Rolle.

Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2008 mit 0,3% nur noch wenig zu. Im Verlauf des Jahres ist allerdings eine Aufwärtsbewegung angelegt.

### ***Konsumdynamik bleibt hinter Erwartungen zurück***

Zu Beginn des Jahres 2007 war der private Konsum – sowohl aufgrund der in das Jahr 2006 vorgezogenen Anschaffungen als auch durch den Kaufkraftentzug der Mehrwertsteuererhöhung – regelrecht eingebrochen. Im späteren Verlauf des Jahres wurde allerdings das Verbrauchsniveau vom Vorjahr wieder erreicht. Dies gilt jedoch nicht für die Käufe von neuen PKW, denn bei diesen hochwertigen Konsumgütern waren die Vorzieheffekte besonders ausgeprägt. Inzwischen wird der Rückgang der PKW-Neuanschaffungen durch den Konsumzuwachs in anderen Segmenten fast ausgeglichen.

Gestützt wurden die Konsumkäufe durch die Zunahme der verfügbaren Einkommen, welche den Preisanstieg infolge der Mehrwertsteuererhöhung und die Verteuerung aufgrund der Energiepreise überwog. Die Bruttolöhne und -gehälter haben auf-

grund der allgemeinen Tarifierhöhungen und Einmalzahlungen in einigen Branchen, der damit verbundenen Effektivlohnzuwächse, aber auch wegen des Beschäftigungsaufbaus nominal mit 3% zugenommen. Da zudem der kumulierte Sozialversicherungsbeitragssatz gesenkt worden ist, stiegen die Nettolöhne und -gehälter um 2,5%. Besonders stark haben sich die Einkommen der Selbständigen und das Vermögenseinkommen erhöht. Die monetären Sozialleistungen sind hingegen zurückgegangen – vor allem aufgrund der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt. Auch wurden die Renten nur geringfügig angehoben.

Der private Konsum wird sich im Jahr 2008 beleben. Allerdings bleibt der Anstieg hinter den bisherigen Erwartungen zurück, was vor allem an der schwächer als bisher angenommenen Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen liegt. Die Verbraucherpreise bewegen sich auf einem hohen Niveau und die Verdienste steigen nominal nur in einigen Branchen deutlich.

Die Einkommensentwicklung verläuft höchst uneinheitlich zwischen den privaten Haushalten. Damit haben nicht alle Haushalte die gleichen Möglichkeiten, ihre Konsumausgaben zu erhöhen.

Facharbeiter, Spezialisten und Führungskräfte dürften aufgrund von Verknappungstendenzen hohe Einkommenszuwächse erfahren. Auch die Gewinnentnahmen der Selbständigen steigen überproportional.

In einigen Branchen wie der Metallindustrie, die vom Aufschwung profitiert haben, wurden Tarifvereinbarungen getroffen, die eine relativ starke Einkommenssteigerung bis ins Jahr 2008 gewährleisten. In anderen Wirtschaftszweigen hingegen sind bislang weder neue Tarifverträge abgeschlossen, noch Tarifverhandlungen überhaupt begonnen worden, so daß hier für viele Beschäftigte ein realer Einkommensverlust zu erwarten ist.

Die Transferbezieher werden hingegen im kommenden Jahr im allgemeinen eine geringere Leistung in realer Rechnung beziehen, denn die meisten Sozialleistungssätze wie das Arbeitslosengeld II oder das Kindergeld werden nominal nur wenig oder gar nicht erhöht. Auch die Rentenzahlung wird durchschnittlich um weniger als die Teuerung zunehmen. Diese Art von Einkommen empfangen mehr als 30% der Bevölkerung in Deutschland. Die monetären Sozialleistungen insgesamt steigen lediglich um 0,4% in nominaler Rechnung. In dieser Bevölkerungsgruppe befinden sich häufig Haushalte mit einem geringen Einkommen, die eine hohe Konsum- und eine niedrige Sparquote haben.

Aufgrund dessen sind die Spielräume gering, den realen Einkommensverlust durch eine Verringerung der Sparquote auszugleichen. Daher werden von dieser Bevölkerungsgruppe kaum Impulse auf den privaten Konsum im Jahr 2008 ausgehen. Die Steigerungen im privaten Konsum kommen vorrangig von dem Teil der Bevölkerung, der an dem derzeitigen konjunkturellen Aufschwung partizipiert.

Tabelle 5:  
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>a</sup> in Deutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2006	2007	2008
Verfügbares Einkommen, nominal	1,9	1,9	3,2
darunter:			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	0,4	2,5	1,6
Monetäre Sozialleistungen	-0,2	-1,9	0,4
Selbständigen-, Vermögenseink.	6,6	5,0	5,8
Sparen	1,4	5,7	3,7
Private Konsumausgaben, nominal	2,3	1,6	3,2
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	1,5	3,0	1,9
Sparquote (in %)	10,5	10,8	10,9
Preisindex des privaten Konsums	1,4	1,8	1,8
Private Konsumausgaben, real	1,0	-0,2	1,3

<sup>a</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

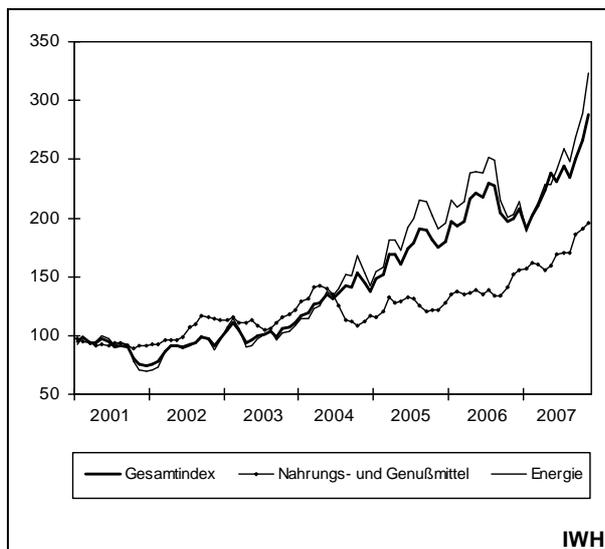
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2007: Schätzung, 2008: Prognose des IWH.

Die Bruttolöhne und -gehälter werden im Jahr 2009 ähnlich zunehmen wie im Jahr zuvor. Da aber keine weiteren Senkungen der Abgabenbelastung zu erwarten sind, werden die Nettolöhne und -gehälter im Jahr 2009 langsamer steigen als im Vorjahr und auch die Transferleistungen insgesamt nehmen nur wenig zu. Der Zuwachs der verfügbaren Einkommen wird sich daher etwas abschwächen.

### **Anziehende Inflation vorübergehend**

Die Verbraucherpreise stiegen im Jahr 2007 jahresdurchschnittlich um knapp 2,2%. Dabei hat die Dynamik im Jahresverlauf deutlich zugenommen; im November lag die Inflationsrate bei 3,0%. Obgleich sich die Teuerung zuletzt auf nahezu alle Gütergruppen bezog, ist sie in diesem Jahr vom spürbaren Anstieg der Energiepreise und, seit Jahresmitte, der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel geprägt worden. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) blieb das gesamte Jahr im Vorjahresvergleich zwar unter 2%, die Preisdynamik zog aber auch hier im Herbst leicht an.

Abbildung 3:  
Weltmarktpreise für Rohstoffe (US-Dollar-Basis)  
- Index, 2000 = 100 -



Quellen: HWWI; Darstellung des IWH.

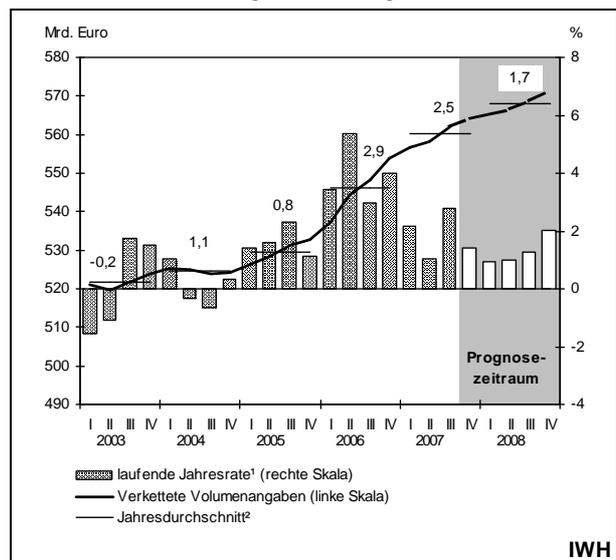
Für den Prognosezeitraum ist mit einer Beruhigung des Preisklimas zu rechnen. Von konjunktureller Seite geht zwar vorübergehend vom Anziehen der Lohnstückkosten ein Druck auf die Erzeugerpreise aus. Dem gegenüber steht aber das Abschmelzen der Produktionslücke und damit der von den Unternehmen erwarteten Preissetzungsspielräume. Auch die Zuwachsraten der deutschen Kredit- und Geldmengenkomponenten deuten auf keinen anhaltend starken Preisauftrieb. Vor diesem Hintergrund wird es zunächst bis weit in das Jahr 2008 hinein bei Inflationsraten von merklich über 2% bleiben; sie werden erst zum Herbst 2008 deutlich gesunken sein. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird in der ersten Jahreshälfte aufgrund von Basiseffekten weiterhin vor allem die Bereiche Energie und Nahrungsmittel betreffen. Mit dem angenommenen Ende des Anstiegs der Rohölpreise sowie einer im Frühjahr einsetzenden Beruhigung an den Agrarmärkten werden dann auch die Verbraucherpreise insgesamt weniger stark steigen. Alles in allem wird die Inflationsrate im Durchschnitt des Jahres 2008 noch bei 2,3% liegen, im Jahr 2009 aber nur noch etwa 1,8% betragen.

#### **Produktion verliert vorübergehend an Schwung**

Die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Aktivität hat sich im vierten Quartal des Jahres 2007 nach einem deutlichen Anstieg in den Monaten Juli bis September wieder abgeschwächt. Im Verlauf des Jahres nahm damit das Bruttoinlandsprodukt nur

um 1,8% zu.<sup>4</sup> Gebremst hat insbesondere der Rückgang der privaten Konsumnachfrage im Jahresverlauf um 0,5%, in dem vor allem die Anhebung der Mehrwertsteuer ihre tiefen Spuren hinterlassen hat. Im Jahresdurchschnitt stieg das Bruttoinlandsprodukt um 2,5%.

Abbildung 4:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – <sup>2</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2007: Prognose des IWH.

Trotz der schwachen Konsumausgaben der privaten Haushalte kamen die Impulse für die Produktion vorrangig aus dem Inland, und dort von den Investitionen der Unternehmen und des Staates. Die treibenden Kräfte des Aufschwungs richteten sich vor allem auf die Industrie. Besonders die Produktion von Investitionsgütern expandierte kräftig. Dies steht auch im Zusammenhang damit, daß Käufe infolge der zu Beginn des Jahres 2008 verschlechterten Abschreibungsbedingungen vorgezogen wurden. Die Zunahme der Produktion von Investitionsgütern kurbelte auch die Erzeugung von Vorleistungsgütern an. Hingegen ging die Erzeugung von Gebrauchsgütern etwas zurück. Dies ist auch der kräftigen Preissteigerung bei vielen Gütergruppen geschuldet. Das Baugewerbe konnte im vierten Quartal seine Produktion leicht ausdehnen. Die Wertschöpfung im Handel nahm infolge

<sup>4</sup> Die Verlaufsrate ist hier eine Meßgröße für den Zuwachs des saison- und kalendertäglich bereinigten Werts des Bruttoinlandsprodukts zwischen den 4. Quartalen 2006 und 2007.

der Konsumschwäche nur wenig zu. Dies betraf auch die Nachfrage der privaten Haushalte nach Dienstleistungen.

Im Jahr 2008 verringert sich die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Produktion infolge der nachlassenden Weltkonjunktur sowie der Verschärfung der Finanzierungsbedingungen zunächst etwas. Hinzu kommt, daß ein Teil der Erzeugung von Investitionsgütern in das Jahr 2007 vorgezogen wurde. Die insgesamt schwächere Expansion der Produktion in der Industrie führt auch bei unternehmensnahen Dienstleistern und im Bereich Verkehr und Nachrichtenvermittlung zu geringeren Zuwächsen an Wertschöpfung. Nach Überwindung der konjunkturellen Delle wird sich der Produktionsanstieg verstärken, so daß das Bruttoinlandsprodukt im Jahresverlauf um 1,3% steigen wird. Dank der größeren Zahl an Arbeitstagen erhöht es sich im Jahr 2008 allerdings um 1,7%. Im darauffolgenden Jahr setzt sich der Aufschwung im Zuge der Belebung der Nachfrage aus dem Inland nach Konsum- und Investitionsgütern und aus dem Ausland fort. Das Bruttoinlandsprodukt steigt dann um 2%.

### **Beschäftigungsaufbau setzt sich abgeschwächt fort**

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2007 infolge der kräftigen Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion und begünstigt durch die moderate Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren weiter gebessert. Die Erwerbstätigkeit nahm um 661 000 Personen bzw. 1,7% gegenüber dem Vorjahr zu. Positiv auf die Entwicklung der Beschäftigung wirkte sich auch die Senkung der Lohnnebenkosten aus.<sup>5</sup>

Zum überwiegenden Teil resultierte der Beschäftigungsaufbau aus weiteren Einstellungen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, deren Zahl den Vorjahresstand um ca. 568 000 Personen bzw. 2,2% überstieg. Die in den vergangenen Jahren erfolgte Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen durch „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse wie beispielsweise Mini-Jobs ist damit vorerst zum Stillstand gekommen. Dafür spricht auch, daß etwa die Hälfte des Zuwachses an sozialversicherungspflichtigen Beschäf-

<sup>5</sup> Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zwar deutlich reduziert, zur gleichen Zeit wurden die Beitragssätze zur Renten- und zur Krankenversicherung jedoch erhöht.

Tabelle 6:  
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2006 und 2007

	2006	2007	Veränderung
	1 000 Personen		
Arbeitnehmer (Inland)	34 696	35 300	604
SV-pflichtig Beschäftigte	26 366	26 934	568
Geförderte <sup>a</sup>	175	199	24
Nicht geförderte	26 191	26 735	544
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 819	4 840	21
1-Euro-Job (Variante: Mehr-aufwandsentschädigung)	306	301	-5
Sonstige	3 204	3 225	21
Selbständige einschließlich mithelfende Familienangehörige	4 392	4 445	53
Geförderte Selbständige	300	237	-63
Ich-AG	210	123	-87
Überbrückungsgeld	63	3	-60
Einstiegsgeld (Variante: Selbständigkeit)	19	20	1
Gründungszuschuß	8	91	83
Nicht geförderte Selbständige	4 092	4 208	116
Erwerbstätige (Inland)	39 088	39 749	661
Darunter:			
Geförderte Erwerbstätige	781	736	-45
Nachrichtlich:	Mio. Stunden		
Arbeitsvolumen	56 001	56 719	718

<sup>a</sup> Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuß bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld für abhängig Beschäftigte; 1-Euro-Job (Entgeltvariante).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2007: Schätzung des IWH.

tigungsverhältnissen Vollzeitstellen sind.<sup>6</sup> Trotz des kräftigen Anstiegs liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aber noch deutlich unter dem Höchststand im vergangenen konjunkturellen Zyklus in den Jahren 2000/2001.

Beschäftigung wurde – mit Ausnahme des Kredit- und Versicherungsgewerbes sowie des öffent-

<sup>6</sup> Vgl. hierzu BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – November 2007. Nürnberg. Die zur Zeit aktuellsten veröffentlichten Angaben zu den voll- bzw. teilzeitbeschäftigten SV-pflichtigen liegen für Ende März des Jahres 2007 vor. Danach betrug der Zuwachs an SV-pflichtig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresstichtag ca. 666 000 Personen, von denen 65% Vollzeitstellen waren. Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigte Ende März 2007 in Deutschland. Nürnberg 2007.

Tabelle 7:  
Eckdaten des Arbeitsmarkts in Deutschland  
- Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen -

	Deutschland			Westdeutschland (mit Berlin)			Ostdeutschland (ohne Berlin)		
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008
Erwerbstätige (Inland)	39 088	39 749	39 951	33 452	34 009	34 181	5 636	5 740	5 770
darunter:									
ABM-Beschäftigte <sup>a</sup>	52	43	40	17	18	22	35	25	18
Zusatzjobs	324	320	270	202	204	175	122	116	95
Berufliche Vollzeitweiterbildung	101	105	105	73	75	77	28	30	28
Vorruheständler <sup>b</sup>	256	230	230	185	165	172	71	65	58
Arbeitslose <sup>c</sup>	4 487	3 794	3 548	3 300	2 760	2 598	1 187	1 034	950
Arbeitslosenquote <sup>d</sup> (in %)	10,3	8,7	8,2	9,0	7,5	7,1	17,4	15,3	14,1

<sup>a</sup> Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen und Beschäftigungsschaffenden Infrastrukturmaßnahmen. –

<sup>b</sup> Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – <sup>c</sup> Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. –

<sup>d</sup> Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: August 2007); Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2007: Schätzung, 2008: Prognose des IWH.

lichen Sektors – in allen Branchen aufgebaut. Besonders starke Zuwächse gab es bei den wirtschaftsnahen Dienstleistern und hier – nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit – vor allem im Bereich der Zeitarbeit.<sup>7</sup>

Einige Personengruppen, deren Arbeitsmarktchancen oftmals ungünstig sind, partizipieren von der Besserung der Arbeitsmarktlage überproportional. So war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die 55 Jahre und älter sind, Ende März des Jahres 2007 – neuere Daten liegen nicht vor – um 8,4% höher als im Jahr zuvor.<sup>8</sup> Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt stieg hingegen nur um 2,6%. Auch die Zahl der Arbeitnehmer unter 25 Jahren nahm mit 3,4% überproportional zu. Die Beschäftigungssituation von Personen ohne Berufsausbildung hat sich hingegen nicht verbessert.

Die Zahl der Mini-Jobs hat gegenüber dem Vorjahr geringfügig zugenommen. Die Erhöhung der vom Arbeitgeber zu entrichtenden Pauschalbeiträge für Steuern und Sozialabgaben Mitte vergangenen Jahres hatte zwar diese Beschäftigungsform weniger attraktiv gemacht. Die Nachfrage nach Mini-Jobbern blieb jedoch nahezu unverändert,

da diese bei konjunkturbedingten Auftragspitzen flexibel besetzt werden können.

Durch arbeitsmarktpolitische Instrumente wurden erheblich weniger Personen gefördert als in den Jahren zuvor. So nahm die Zahl der geförderten Selbständigen im Jahr 2007 um 63 000 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. Dies ist maßgeblich dadurch bedingt, daß die Förderinstrumente Ich-AG und Überbrückungsgeld eingestellt und durch den Gründungszuschuß ersetzt wurden. Die Förderdauer für Personen, die einen Gründungszuschuß in Anspruch nehmen, ist deutlich niedriger als im Fall einer Ich-AG. Auch die Zahl der Zusatzjobs (1-Euro-Jobs) nahm leicht ab. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 45 000 Beschäftigungsverhältnisse weniger gefördert als im Jahr zuvor.

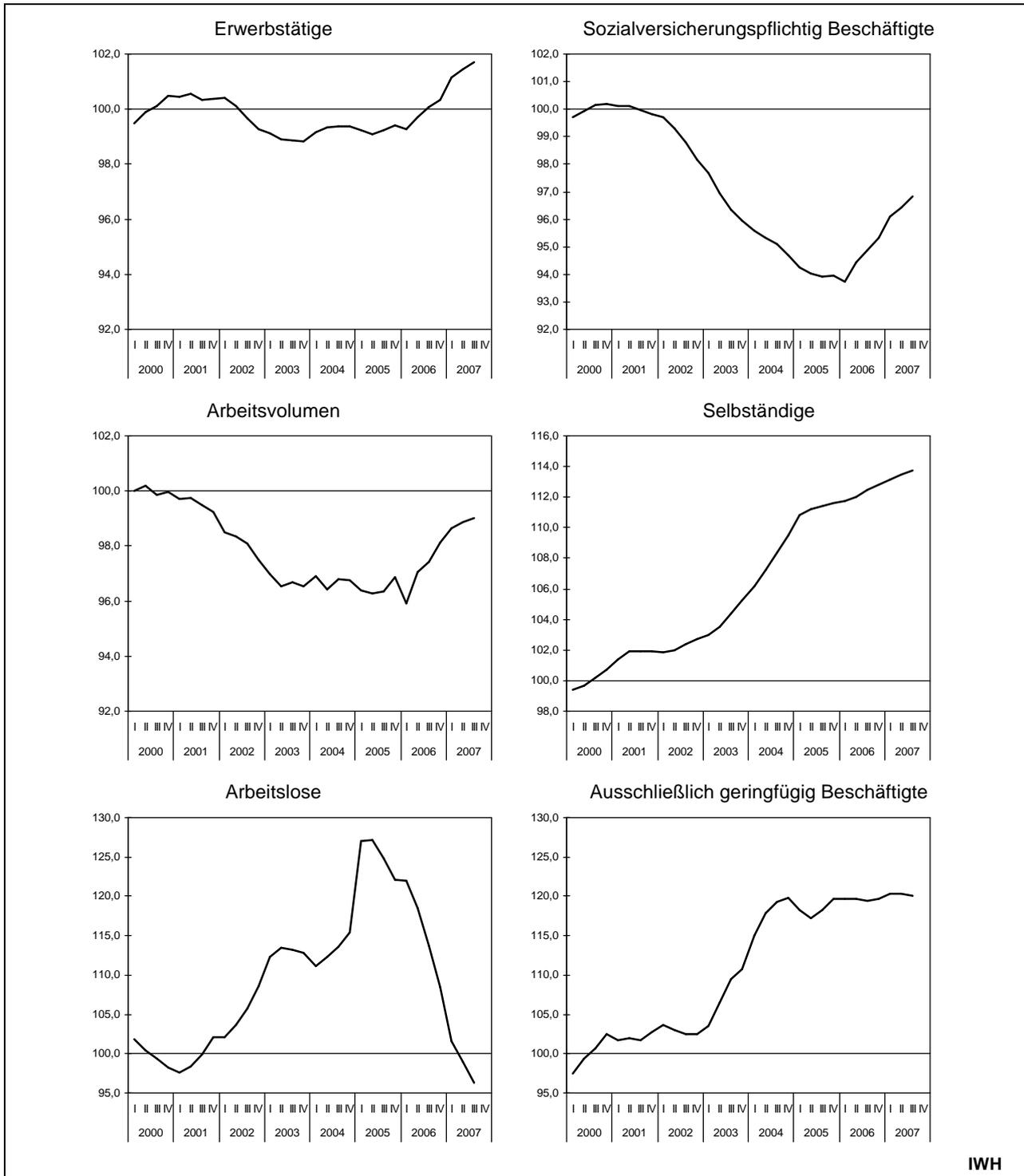
Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Jahr 2007 um 693 000 Personen ab. Dies ist in erster Linie auf die Besserung der Beschäftigungssituation zurückzuführen. Auch der Rückgang des Arbeitsangebots hat Einfluß auf den – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportionalen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt ist das Arbeitsangebot nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung um 73 000 Personen gesunken.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Vgl. hierzu: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – November 2007. Nürnberg.

<sup>8</sup> Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigte Ende März 2007 in Deutschland. Nürnberg 2007.

<sup>9</sup> BACH, H.-U.; GARTNER, H.; KLINGER, S.; ROTHE, T.; SPITZNAGEL, E.: Arbeitsmarkt 2007/2008: Ein robuster Aufschwung mit freundlichem Gesicht, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 15/2007, S.7.

Abbildung 5:  
Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland<sup>a</sup>  
- Saisonbereinigte Werte; Jahresdurchschnitt 2000 = 100 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Ein weiteres Indiz für die Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist die Entwicklung der Zahl der offenen Stellen. Im dritten Quartal dieses Jahres – neue Daten liegen nicht vor – betrug deren Zahl

1,25 Mio.<sup>10</sup> Das waren ca. 70 000 Stellen mehr als im Vorjahreszeitraum.

<sup>10</sup> Presseinformationen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg vom 14. November 2007. Im

Im Jahr 2008 wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt infolge des schwächeren Produktionswachstums und bei steigenden Arbeitskosten infolge höherer Lohnzahlungen nur noch leicht bessern. Zwar werden die Lohnnebenkosten durch die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres 2008 verringert.<sup>11</sup> Insgesamt ist aber mit einer Steigerung des Stundenlohns von 2,2% zu rechnen, die in etwa beschäftigungsneutral sein dürfte.

Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um ca. 200 000 Personen gegenüber dem Vorjahr zunehmen, wobei der überwiegende Teil auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entfallen wird. Die Zahl der staatlich subventionierten Jobs dürfte aus den gleichen Gründen wie in diesem Jahr weiter abnehmen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Jahr 2008 um ca. 215 000 sinken. Alles in allem wird sich in der zweiten Jahreshälfte infolge der dann wieder kräftigeren konjunkturellen Entwicklung die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter bessern.

### ***Konjunkturelle Entspannung der öffentlichen Finanzen***

Die Lage der öffentlichen Haushalte stellt sich zur Zeit entspannt dar. Dies liegt vor allem an den bis zuletzt kräftig gestiegenen Steuereinnahmen. Insbesondere die gewinnabhängigen Steuern nahmen nun das dritte Jahr in Folge deutlich zu. Die indirekten Steuern haben – auch wegen der Erhöhungen des Regelsatzes der Mehrwertsteuer sowie der Versicherungssteuer im Jahr 2007 – ebenfalls merklich zugelegt und die Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt schlug sich in der Entwicklung der Lohnsteuer nieder.

Dieses Bild wird sich im Prognosezeitraum grundlegend ändern. Zwar wird die Lohnsteuer mit der hier vorhergesagten weiteren Expansion der Beschäftigung auch im Prognosezeitraum zunehmen. Die indirekten Steuern werden aber nicht mehr von Steuerrechtsänderungen dominiert und legen nunmehr lediglich mit der Nachfrage zu. Vor allem aber werden die gewinnabhängigen Steuereinnahmen nur

noch wenig, um 0,9% zunehmen. Grund hierfür ist zum einen die Unternehmensteuerreform, die zum 1. Januar 2008 in Kraft tritt. Zum anderen sind weitere Zuwächse der gewinnabhängigen Steuern in gleicher Größenordnung wie zuvor unwahrscheinlich und selbst das erreichte, hohe Niveau wird auf Dauer kaum zu halten sein.<sup>12</sup>

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen sanken im Jahr 2007 und werden im kommenden Jahr nahezu stagnieren. Bei im Zeitablauf zunehmender Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten begründet sich diese verhaltene Entwicklung in der Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte im Jahr 2007 und nochmalig um 0,9 Prozentpunkte zum 1. Januar 2008. Diese Senkungen überwiegen die Erhöhungen der Beitragssätze zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Alles in allem werden die Einnahmen des Staates im Jahr 2008 insgesamt um 1,2% zulegen, nach 4,3% im Jahr 2007. Im Jahr 2009 werden sie um 2,7% steigen.

Auf der Ausgabenseite zeigen einige Positionen eine deutlich höhere Dynamik als in den Jahren zuvor. So nehmen beispielsweise die Ausgaben für Vorleistungskäufe merklich zu. Im Jahr 2007 war dies größtenteils Ausdruck der höheren Mehrwertsteuerbelastung.<sup>13</sup> Der auch weiterhin deutliche Anstieg scheint ein Indiz dafür, daß der Ausgabenkurs sich gelockert hat. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Sozialen Sachleistungen. Auch hier ist das Jahr 2007 durch die Mehrwertsteuererhöhung überzeichnet; die auch weiterhin deutliche Zunahme der Ausgaben in diesem Bereich legt jedoch vor allem nahe, daß den vielfältigen Maßnahmen zur Dämpfung der Gesundheitskosten nur ein geringer Erfolg beschieden war. Nach Jahren einer ausgesprochen schwachen Entwicklung nehmen die Arbeitnehmerentgelte seit dem Jahr 2007 wieder zu. Dahinter verbirgt sich

---

Unterschied zu den bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Stellen werden bei der vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg neuerdings einmal im Quartal durchgeführten Befragung von rund 8 000 Betrieben und Verwaltungen alle offenen Stellen erfaßt.

<sup>11</sup> Dies wird allerdings teilweise kompensiert durch die für Mitte 2008 vorgesehene Erhöhung der Beitragssätze zur Pflegeversicherung.

---

<sup>12</sup> Dies liegt daran, daß Veranlagungssteuern nicht in der Periode gezahlt werden, in der sie entstehen. Bei diesen Steuern gibt es eine Lag-Struktur, die dazu führt, daß Steuereinnahmen erst Jahre später zu Einnahmen führen. Dieser zeitliche Zusammenhang ist zudem nicht konstant.

<sup>13</sup> Der Staat an sich ist nicht mehrwertsteuerpflichtig, damit aber auch nicht vorsteuerabzugsberechtigt. Daher lastet auf seinen Vorleistungskäufen, aber auch auf seinen Investitionsausgaben – also seiner Endnachfrage –, die volle Mehrwertsteuer. Darüber hinaus ist bei Gütern, deren Abnehmer vorrangig der Staat ist, davon auszugehen, daß die Marktconstellation nicht durch vollständigen Wettbewerb gekennzeichnet ist. In einer solchen Situation können in der Regel höhere Anteile der Steuer auf den Endnachfrager, also den Staat, überwältigt werden.

Tabelle 8:

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen<sup>1,2</sup>

- Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Mrd. Euro gegenüber 2006 -

	2007	2008	2009
<b>Abgaben</b>	<b>18,1</b>	<b>10,0</b>	<b>16,3</b>
Anhebung des Regelsatzes der Umsatzsteuer von 16 auf 19% <sup>3</sup>	22,5	24,6	26,5
Erhöhung des Regelsatzes der Versicherungsteuer von 16 auf 19%	1,7	1,7	1,8
Reform der Unternehmensbesteuerung 2008	-	-6,6	-7,1
Befristete Anhebung der degressiven Abschreibung für bewegliche Anlagegüter	-2,7	-3,8	-1,9
Erweiterte Absetzbarkeit von haushaltsnahen Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen in Privathaushalten	-0,8	-0,8	-0,8
Absetzbarkeit von erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten sowie erwerbsbedingten Pflege- und Betreuungskosten	-0,4	-0,4	-0,4
Beschränkung der Verlustverrechnung von Steuerstundungsmodellen	1,1	1,6	1,6
Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm	0,6	1,0	1,1
Streichung der Pendlerpauschale für die ersten 20 km	1,3	2,5	2,5
Reduzierung des Sparerfreibetrags von 1 370 (2 740 für Verheiratete) auf 750/1 500 Euro	0,6	0,8	0,8
Einführung einer Biokraftstoffquote	1,1	0,9	1,4
Weitere Steuerrechtsänderungen <sup>4</sup>	2,0	3,6	5,1
Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte zum 1.1.2007 und um weitere 0,9 Prozentpunkte zum 1.1.2008	-17,7	-25,6	-26,4
Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung <sup>5</sup> um 0,4 Prozentpunkte zum 1.1.2007	3,1	3,2	3,3
Erhöhung des durchschn. Krankenkassenbeitragssatzes <sup>5</sup> im Jahr 2007 um 0,6 Prozentpunkte <sup>4</sup>	5,6	5,9	6,2
Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung <sup>5</sup> um 0,25 Prozentpunkte zum 1.7.2008	-	1,2	2,5
Begrenzung der Sozialbeitragsfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge und Erhöhung der Pauschalabgabe für geringfügig Beschäftigte im gewerblichen Bereich	0,3	0,3	0,3
<b>Ausgaben</b>	<b>1,5</b>	<b>-3,7</b>	<b>-6,0</b>
Abschaffung der Eigenheimzulage	1,3	2,0	2,7
Subventionen und Finanzhilfen <sup>6</sup>	-	-0,4	-0,7
Aufstockung sozialer Leistungen <sup>7</sup>	-1,0	-2,9	-2,9
Erhöhung der BAFöG-Sätze	-	-0,0	-0,3
Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen beim ALG II für 18 bis 25-Jährige	0,4	0,4	0,4
Aufstockung der Forschungsausgaben	-0,5	-1,5	-2,0
Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und die Betreuungsinfrastruktur („Krippenplätze“)	-0,5	-1,5	-2,0
Zusätzliche Betriebsausgaben bei der Kinderbetreuung	-	-0,0	-0,1
Aufstockung der Entwicklungshilfe	-	-0,8	-0,8
Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung	-	-1,0	-1,0
GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz	1,4	1,8	2,2
Aufstockung der Leistungen der Pflegeversicherung	-	-0,5	-1,0
Einführung einer Euro-Gebührenordnung für Ärzte zum 1.1.2009	-	-	-1,0
<b>Insgesamt</b>	<b>19,7</b>	<b>6,1</b>	<b>10,3</b>

<sup>1</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – <sup>2</sup> Ohne Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen von Maßnahmen, die schon früher in Kraft getreten sind, wie z. B. die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die Verringerung der Eigenheimzulage, die Wirkung des Altersvorsorgeanteils (Riester-Treppe) und des Nachhaltigkeitsfaktors bei der Rentenversicherung sowie ohne Berücksichtigung progressionsbedingter Mehreinnahmen. – <sup>3</sup> Entstehungsmäßig; in finanzstatistischer Abgrenzung beläuft sich das Mehraufkommen im Jahr 2007 auf 19,4 Mrd. Euro. – <sup>4</sup> Beispielsweise Eindämmung mißbräuchlicher Steuergestaltungsmöglichkeiten bei der Umsatzsteuer, sogenannte Reichensteuer, Einschränkung der Absetzbarkeit der Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer, Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und Änderung der Stromsteuer, Erhöhung der Vorsteuerpauschale für land- und forstwirtschaftliche Umsätze u. a. – <sup>5</sup> Nach Abzug der Mehrausgaben des Staates für Beiträge von Empfängern sozialer Leistungen an den jeweiligen Sozialversicherungszweig. – <sup>6</sup> Kürzung von Subventionen, einmalige Anhebung der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung im Jahr 2008, Förderprogramm für Klimaschutz und Energieeffizienz. – <sup>7</sup> Anhebung des Arbeitslosengelds II in den Neuen Bundesländern auf Westniveau, Einführung eines einkommensabhängigen Elterngelds – saldiert mit Erziehungsgeld, Erhöhung der Ausbildungsbeihilfen und Einführung von Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose sowie für ältere Menschen.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

allerdings nicht nur eine Erhöhung der Entgelte – im Jahr 2007 vor allem in Form von Einmalzahlungen –; Länder und Kommunen planen auch wieder eine

Ausweitung des Personalbestands. Die monetären Sozialleistungen hingegen entwickeln sich über den Prognosezeitraum eher verhalten. Im Jahr 2007 san-

ken sie um 1,7%, was vor allem dem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zu verdanken war. Die Leistungen der Rentenversicherung entwickelten sich außerdem moderat, denn erst zur Jahresmitte gab es eine Rentenerhöhung von 0,54%. Die mit der Einführung des Elterngelds verbundenen Mehrausgaben wirkten dem Rückgang der geldlichen Sozialleistungen allerdings entgegen. Im kommenden Jahr werden die monetären Sozialleistungen geringfügig, um 0,3%, zunehmen. Dies begründet sich vor allem in den Ausgaben für Arbeitslosigkeit, die trotz einer weiter sinkenden Zahl von Personen steigen werden. Dies liegt an einer Lockerung des Ausgabenkurses. So wird die Bezugsdauer von ALG für ältere Arbeitslose wieder verlängert. Auch die Ausgaben der Rentenversicherung tragen zu dem Anstieg bei, denn die Renten werden zur Jahresmitte abermals erhöht, um 1,0% pro Kopf.

Erfreulich erscheint auf den ersten Blick die Entwicklung der Investitionsausgaben; hier scheint der negative Trend der vergangenen Jahre endlich umgekehrt worden zu sein. Die Ausgaben für staatliche Investitionen haben im Jahr 2007 um 10% zugelegt. Allerdings ist das Jahr 2007 von zwei Sonderfaktoren geprägt. Zum einen ermöglichte der milde Winter zu Beginn des Jahres eine hohe Bauproduktion, zum anderen trifft die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer die öffentlichen Investitionen in voller Höhe, denn wie bei privaten Investitionen stellt die Steuer auch hier eine endgültige Belastung dar. Im kommenden Jahr werden die Investitionsausgaben dann noch mit 3,2% zulegen. Dies kann als Bestätigung dafür aufgefaßt werden, daß der negative Trend der Vorjahre durchbrochen ist. Allerdings ist diese, gemessen am Nachholbedarf nach wie vor geringe Zunahme bereits durch den Ausbau der Krippenplätze bis zum Jahr 2013, der vor allem in der Anfangsphase zusätzliche Investitionen bewirken wird, mitbestimmt.

Alles in allem werden die Ausgaben im Jahr 2008 um 1,5% und im Jahr 2009 um 1,3% zunehmen. Bereits im laufenden Jahr liegen sie mit einem Anstieg von 0,8% deutlich über dem restriktiven Ausgabenkurs der vergangenen Jahre.

Im Jahr 2007 ist der öffentliche Gesamthaushalt nahezu ausgeglichen, in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt das Defizit bei 0%. Im kommenden Jahr führen der gelockerte Ausgabenkurs sowie die Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung, aber auch die Unternehmensteuerreform erneut zu einem Defizit; die Quote liegt bei 0,2%. Unter der Annahme, daß keine weiteren Vergünstigungen beschlossen werden, wird

sich im Jahr 2009 dank der wieder anziehenden Konjunktur ein Überschuß ergeben; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt er bei 0,4%.

## Zur Wirtschaftspolitik

### Arbeitsmarktpolitik

#### ***Knappheiten am Arbeitsmarkt lassen höhere Tarifabschlüsse erwarten***

Der wirtschaftliche Aufschwung ging mit einem kräftigen Beschäftigungsaufbau einher. Unterstützt wurde er von der Lohnzurückhaltung, die in der Schwächephase der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Jahr 2000 durch die Tarifparteien geübt wurde. Die moderate Lohnentwicklung hat zwar den Aufschwung nicht verursacht, aber doch wesentlich dazu beigetragen, daß die Auftriebskräfte bald auf den Arbeitsmarkt übergegriffen haben. Auslöser des Aufschwungs in Deutschland war letztlich in dem günstigen monetären Umfeld der Nachfrageschub aus dem Ausland, der nach und nach zu Produktionsengpässen führte und die Unternehmen nach Jahren der Rationalisierungen wieder zu Erweiterungsinvestitionen veranlaßte, die letztlich mit entsprechenden Neueinstellungen an Personal verbunden waren. Das Produktionswachstum ist in dieser Phase bis zuletzt beschäftigungsintensiver geworden.

In der Summe brachte das Plus an Arbeitsplätzen einen hohen ökonomischen und gesellschaftlichen Gewinn, auch wenn die Reallöhne, für einen Aufschwung ungewöhnlich, bis zuletzt nicht gestiegen sind.

Im Jahr 2008 stehen neue Lohnverhandlungen an. In einigen Branchen ist infolge des kräftigen Beschäftigungsschubs das Angebot an zusätzlichen Arbeitskräften bestimmter Qualifikationen knapper geworden. Außerdem hat sich vor dem Hintergrund der konjunkturell guten Lage und der gestiegenen Produktivität der Unternehmen der Verteilungsspielraum erhöht. Die Tarifparteien dürften deshalb höhere Lohnabschlüsse vereinbaren als zuletzt. Die Lohnzurückhaltung dürfte in jenen Branchen und für die Beschäftigtengruppen schwinden, die den Aufschwung prägen. Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit ist es jedoch weiterhin unabdingbar, daß die Lohnpolitik höchstens beschäftigungsneutral bleibt. Geht man von einem um die Entlassungsproduktivität bereinigten Wachstumstrend der Arbeitsproduktivität je Beschäftig-

tenstunde von 1¼% aus und veranschlagt die inländische Preissteigerung im Jahr 2008 mit 1¼%,<sup>14</sup> können die Tariflöhne im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um etwa 2½ % steigen. Dabei sollte differenziert werden zwischen dauerhaften und einmaligen Zahlungen. Letztere sollten in Abhängigkeit von der Ertragslage der Branchen festgelegt werden.

Tabelle 9:  
Entwicklung der Löhne und Lohnstückkosten in Deutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2005	2006	2007	2008
Tariflöhne <sup>a</sup>	0,9	1,1	1,5	1,8
Effektivlöhne <sup>a</sup>	0,9	0,5	1,6	2,2
Arbeitskosten <sup>b</sup>	0,5	0,7	1,2	1,9
Lohnstückkosten <sup>c</sup>	-0,8	-1,7	0,0	0,9
<i>Nachrichtlich:</i>				
Produktivität <sup>d</sup>	1,3	2,4	1,2	0,9

<sup>a</sup> Angaben je bezahlter Arbeitsstunde (Inland). – <sup>b</sup> Arbeitnehmerentgelt je bezahlter Arbeitsstunde (Inland). – <sup>c</sup> Arbeitnehmerentgelt je bezahlter Arbeitsstunde (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je geleisteter Arbeitsstunde. – <sup>d</sup> Reale Bruttowertschöpfung je bezahlter Arbeitsstunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2007: Prognose des IWH.

### ***Erreichte Flexibilität am Arbeitsmarkt nicht untergraben***

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wurde die Arbeitslosigkeit deutlich reduziert. Spielten in der Anfangsphase verschiedene Fördermaßnahmen zur Aktivierung Arbeitsloser eine nicht unbedeutende Rolle beim Einstieg in das Erwerbsleben, so wurden von den Unternehmen bald Normalarbeitsverhältnisse geschaffen. Hier griffen einige der Arbeitsmarktreformen. Spürbare Effekte hatten Deregulierungsmaßnahmen bei der Leiharbeit, die Senkung der Zumutbarkeitsschwelle für eine Arbeitsaufnahme sowie der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zu einem Vermittlungszentrum für Arbeitssuchende.<sup>15</sup> Im Ergebnis ist der Reservationslohn gesunken, und die Wahrscheinlichkeit der Arbeitsaufnahme im ersten Arbeitsmarkt ist gestiegen.

<sup>14</sup> Bei diesem Konzept wird nicht der Verbraucherpreisindex, sondern der Deflator des Bruttoinlandsprodukts verwendet, um importierte Preissteigerungen auszuschalten. Denn diese erhöhen den Verteilungsspielraum im Inland nicht.

<sup>15</sup> Vgl. dazu RWI Essen; ISG: Evaluation der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission – Arbeitspaket 1, Modul 1f. RWI-Projektberichte. Juni 2006. – BRINKMANN, C.; HUJER, R.; KOCH, S. (Hrsg.): Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 3 und 4/2006. Stuttgart 2006.

Die erhöhte Flexibilität am Arbeitsmarkt ist unverkennbar, auch wenn sich der Anteil der Arbeitsmarktreformen im einzelnen nicht beziffern läßt. Dies liegt unter anderem an der Datenlage. Zwar scheint beispielsweise der überproportionale Zuwachs der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer<sup>16</sup> ein deutliches Indiz für die Wirkung des gesunkenen Reservationslohns, der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und der geänderten Bedingungen der Frühverrentung zu sein. Letztere beeinträchtigt jedoch den Vergleich mit früheren Aufschwüngen.

Trotz solcher Informationslücken dürften jedoch Versuche, die erfolgsträchtigen Arbeitsmarktreformen aufzuweichen oder neue Regulierungen am Arbeitsmarkt einzuführen, in die falsche Richtung gehen. So wird die beschlossene erneute Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitnehmer, vor allem für die chancenreichen jüngeren Kohorten unter ihnen, die Anreize zur Arbeitsplatzsuche schwächen.

Die von der Politik praktizierte Ausdehnung der Allgemeinverbindlichkeitsregel von Mindestlöhnen wird nicht wenige vorhandene Arbeitsplätze in Gefahr bringen sowie potentielle neue verhindern. Auch Mindestlöhne müssen am Markt erwirtschaftet werden. Zwar ist es wünschenswert, daß jede Vollzeitbeschäftigung den Lebensunterhalt sichert. In offenen Volkswirtschaften stehen jedoch alle Arbeitsplätze im nationalen und im internationalen Wettbewerb. Die Setzung von Mindestgrenzen beim Lohn behindert den Marktzutritt, beschränkt den Preiswettbewerb und schadet damit dem Wohlstand aller.

Ist ein Mindestlohn politisch gewollt, fällt der gesamtwirtschaftliche Schaden je nach Art und Weise der Findung unterschiedlich hoch aus. Von der derzeitigen Bundesregierung sind bereits Mindestlöhne für eine Reihe von Branchen als allgemeinverbindlich erklärt worden. Bei der Wahl des Wegs fiel die Entscheidung gegen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn und für branchenspezifische Lohnvereinbarungen. Die zuletzt geübte Praxis im Postsektor hat dazu das Gefahrenpotential offengelegt. Die Marktmacht besitzenden Tarifpartner haben sich dort auf Mindestlöhne in einer Höhe geeinigt, die mit der Abwehr von „Hungerlöhnen“ absolut nichts gemein haben, sondern einzig und allein dem Ziel dienen, unliebsame, preiswertere Anbieter aus dem Markt zu drängen.

<sup>16</sup> Vgl. Abschnitt *Beschäftigungsaufbau setzt sich abgeschwächt fort*, da besonders S. 20.

Einige Länder zeigen, daß die negativen Auswüchse von Mindestlöhnen in Grenzen gehalten werden können.<sup>17</sup> Allerdings scheint die branchenspezifische Festlegung und deren anschließende Allgemeinverbindlichkeitserklärung der denkbar schlechteste Weg. Weniger schädlich wäre die Orientierung an einem branchenübergreifend einheitlichen Mindestlohn. Aber auch hier hängt die Gefährdung von Arbeitsplätzen von der Höhe der Lohnsetzung maßgeblich ab. So wären bei einer Festlegung von fünf Euro je Stunde im Westen Deutschlands reichlich 1,3 Mio. Stellen und im Osten  $\frac{3}{4}$  Mio. Stellen von Arbeitnehmern betroffen und damit gefährdet. Für Ostdeutschland sind das 12% aller abhängigen Beschäftigungsverhältnisse.<sup>18</sup>

## Finanzpolitik

### *Haushaltskonsolidierung von Dauer?*

Die Lage der öffentlichen Haushalte stellt sich zur Zeit positiv dar. Dabei entsteht allerdings eine entscheidende Frage. Haben dies die strukturellen Reformen der vergangenen Jahre bewirkt oder ist die Entspannung lediglich eine Folge der konjunkturellen Entwicklung? Anders ausgedrückt: Wird die Entwarnung bei den öffentlichen Finanzen von Dauer sein oder nicht?

Zu Beginn des Jahres 2007 erhöhte der Staat massiv die Steuern. Der Regelsatz der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuersatz wurden angehoben, eine Vielzahl steuerlicher Ausnahmetatbestände abgeschafft und so die Bemessungsgrundlage erweitert.<sup>19</sup> Zudem tragen die strukturellen Reformen der jüngsten Vergangenheit zunehmend zu einer Entlastung der öffentlichen Finanzen bei. Hier ist beispielsweise an die effizienzsteigernden Bestandteile der Arbeitsmarktreformen zu denken.

All dies mündete in einen Abbau der strukturellen Komponente des Defizits.

Zu einem großen Teil ist die deutliche Rückführung des Defizits aber weiteren Faktoren geschuldet. So ging die Zunahme der Steuerquote nicht allein auf die genannten Steuererhöhungen zurück. Bereits seit dem Jahr 2004 stieg sie und nahm bis zum Jahr 2007 insgesamt um zwei Prozentpunkte zu. Ein großer Teil dieses Zuwachses ist durch den starken Anstieg der gewinnabhängigen Steuern begründet.

Deren Behandlung ist bei der Bestimmung der konjunkturellen und strukturellen Komponente des Haushaltsdefizits problematisch, denn es ist schwer, ihre Entwicklung einem der beiden Bestimmungsgründe eindeutig zuzuschreiben. So ist die Gewinnentwicklung in den vergangenen Jahren einerseits Ausfluß des Konsolidierungsprozesses der Unternehmen in Deutschland und somit eindeutig strukturell bedingt. Andererseits sind aber gerade die Gewinne konjunkturabhängig, auch wenn sie sich nicht unbedingt zeitnah im Steueraufkommen niederschlagen. Aufgrund der steuertechnischen Ausgestaltung der sogenannten Veranlagungssteuern beruhen Gewinnsteuern, die heute entrichtet werden, auf wirtschaftlichen Vorgängen in Vorjahren.<sup>20</sup> Eine genaue Zuordnung der Steuereinnahmen zu ihrem Entstehungsgrund ist nicht möglich. Der konjunkturell bedingte Teil dieser Steuereinnahmen ist somit nur schwerlich zu bestimmen.

In den gängigen Verfahren bei der Berechnung des strukturellen Defizits<sup>21</sup> fließt die Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern in die strukturelle Defizitkomponente. Dies hat zur Folge, daß aufgrund der starken Zunahme der Gewinnsteuern in Deutschland die strukturelle Defizitquote deutlich gesunken ist. In einem möglichen Abschwung, wenn diese Steuereinnahmen deutlich zurückgehen werden, wird das strukturelle Defizit dann zunehmen.

<sup>17</sup> Vgl. NEUMARK, D.; WASCHER, W.: Minimum Wages and Employment: A Review of Evidence from the New Minimum Wage Research. NBER Working Paper 12663. Cambridge 2006. – CARD, D.; KRUEGER, A. B.: Minimum Wages and Employment: A Case Study of the Fast-Food Industry in New Jersey and Pennsylvania. American Economic Review, Vol. 84 (4), 1994, pp. 772-793.

<sup>18</sup> Für so viele Stellen wurde im Jahr 2006 gemäß SOEP ein Bruttolohn je vertraglich vereinbarter Arbeitsstunde bis 4,99 Euro bezahlt.

<sup>19</sup> Auch wenn eine über Steuererhöhungen erreichte Konsolidierung öffentlicher Haushalte allenfalls suboptimal ist, ist es generell als wünschenswert anzusehen, steuerliche Ausnahmetatbestände abzuschaffen, denn so wird die Effizienz und Transparenz des Steuersystems erhöht.

<sup>20</sup> Die der Steuerentrichtung zugrundeliegende Lag-Struktur ist dabei schwer zu bestimmen; sie ist für die Unternehmen nicht einheitlich und bezieht sich immer auf mehrere Jahre. Zudem bleibt die Struktur der zeitlichen Verschiebung über die Jahre nicht konstant.

<sup>21</sup> Die hier genannten Konzepte liegen den Berechnungen der Europäischen Kommission zugrunde. Auch die Bundesregierung basiert ihre Schätzungen auf diese Methode. Der Sachverständigenrat geht differenzierter vor und berücksichtigt die ertragsabhängigen Steuern in seinem disaggregierten Ansatz. Aber auch hier muß letztlich eine schematische Zuordnung genügen. Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Jahresgutachten, diverse Jahrgänge, Anhang, Methodische Erläuterungen.

Tabelle 10:  
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren<sup>1</sup>  
- in Relation zum nominalen BIP -

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote <sup>2</sup>
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozial-beiträge		Zinsaus-gaben	Brutto-investitionen		
1991	43,4	22,0	16,8	46,3	2,7	2,6	-2,9	12,2
1992	44,8	22,4	17,2	47,2	3,1	2,8	-2,5	14,1
1993	45,2	22,4	17,7	48,2	3,2	2,7	-3,0	14,3
1994	45,6	22,3	18,2	47,9	3,2	2,5	-2,3	14,2
1995 <sup>3</sup>	44,9	21,9	18,3	48,1	3,5	2,2	-3,2	15,9
1996	46,0	22,4	19,0	49,3	3,5	2,1	-3,3	15,5
1997	45,7	22,2	19,2	48,4	3,4	1,8	-2,6	15,3
1998	45,9	22,7	18,9	48,0	3,4	1,8	-2,2	14,8
1999	46,6	23,8	18,7	48,1	3,1	1,9	-1,5	13,2
2000 <sup>4</sup>	46,4	24,2	18,3	47,6	3,2	1,8	-1,2	13,0
2001	44,7	22,6	18,2	47,6	3,1	1,7	-2,8	13,5
2002	44,4	22,3	18,2	48,1	2,9	1,7	-3,7	13,1
2003	44,5	22,3	18,3	48,5	3,0	1,6	-4,0	13,3
2004	43,3	21,8	17,9	47,1	2,8	1,4	-3,8	13,0
2005	43,5	22,0	17,7	46,9	2,8	1,4	-3,4	12,7
2006	43,8	22,8	17,3	45,4	2,8	1,4	-1,6	12,2
2007	43,8	23,7	16,4	43,8	2,8	1,5	0,0	11,7
2008	43,0	23,4	16,0	43,2	2,7	1,5	-0,2	11,5
2009	42,8	23,5	15,8	42,4	2,6	1,5	0,4	11,2

<sup>1</sup> In der Abgrenzung der VGR. – <sup>2</sup> Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. – <sup>3</sup> Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Mrd. Euro). – <sup>4</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2007 und 2008: Prognose des IWH.

Diese Schwankungen des – gewinnabhängigen – Steueraufkommens verändern die Höhe des strukturellen Defizits, ohne daß damit eine ökonomisch andere Beurteilung der Situation verbunden wäre. Hier zeigen sich eindeutig die Grenzen der genannten Bereinigungsverfahren. Werden sie verwendet, ist es unerlässlich, bei der Interpretation der mit ihnen gewonnenen Daten vorsichtig vorzugehen.<sup>22</sup> Dies gilt umso mehr, als die Entwicklung der strukturellen Defizitkomponente die entscheidende Rolle im europäischen Haushaltsüberwachungsverfahren spielt und gerade auf europäi-

scher Ebene lediglich die nackten Zahlen berücksichtigt werden.<sup>23</sup>

Demgegenüber ist die Entwicklung der Lohnsteuereinnahmen größtenteils konjunkturell bedingt. Hier schlägt sich die nun bessere Lage am Arbeitsmarkt nieder.<sup>24</sup> Seit dem Jahr 2006 wird auch wieder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgebaut. Ihr Rückgang in den Vorjahren hatte die Einnahmehasis der Sozialversicherungssysteme ausgehöhlt.<sup>25</sup>

<sup>22</sup> Das Bundesministerium der Finanzen konstatiert im jüngsten Stabilitätsprogramm für Deutschland auf Basis des beschriebenen Verfahrens einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Dabei geht es gleichzeitig davon aus, daß die Wirtschaft zur Zeit über Potential wächst. Der Grund liegt in eben diesen sogenannten transitorischen Steuereinnahmen. Es wird denn auch darauf hingewiesen, daß dieser sogenannte strukturelle Ausgleich „mit Vorsicht zu interpretieren sei“. Vgl. BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN: Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung Dezember 2007.

<sup>23</sup> Die Europäische Kommission hat die Mitgliedstaaten nach einheitlichen Kriterien zu beurteilen. Ausgeprägte Sonderentwicklungen – wie die hier für Deutschland aufgezeigte – lassen aber stark an der Aussagekraft dieser einheitlichen Kriterien zweifeln. Dies gewänne insbesondere dann an Bedeutung, wenn ein Land aufgrund solcher Sonderfaktoren sein strukturelles Defizit nicht entsprechend den Brüsseler Anforderungen vermindern kann und daraus Konsequenzen erwachsen.

<sup>24</sup> Die Entwicklung der Mehrwertsteuer ist prinzipiell ebenfalls stark konjunkturabhängig. Dies wird aber zur Zeit durch die Steuererhöhung überlagert.

<sup>25</sup> Die verhaltenere Entwicklung der Beitragseinnahmen im Prognosezeitraum ist nicht länger der Erosion der Bemes-

Letztlich zeigt sich, daß die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte zu einem großen Teil konjunkturell gestützt oder von Sonderfaktoren – wie der Entwicklung der gewinnabhängigen Steuereinnahmen – bestimmt wird. In einem Abschwung werden diese Einflüsse entfallen oder sich gar umkehren. Vor einer euphorischen Beurteilung der Staatsfinanzen sei somit gewarnt. Ohne weitere Maßnahmen werden die öffentlichen Haushalte schnell wieder rote Zahlen schreiben – wenn auch die Drei-Prozent-Marke in absehbarer Zeit nicht in Gefahr geraten dürfte.

### ***Ausgabenkurs bereits gelockert!***

Vor diesem Hintergrund erscheint es bedenklich, daß die bisherige Dividende des Reformkurses in der aktuellen Haushaltsrunde bereits verteilt wird. Dies zeigt sich vor allem im Hinblick auf die Bundesagentur für Arbeit (BA). Ihre Haushaltslage gestaltet sich in jüngster Zeit positiv. Hier wirkt die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht nur auf die Beitragseinnahmen, sondern auch die Ausgaben sinken. Zudem zeigen bei der BA die effizienzsteigernden Umstrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktreformen eine deutliche Wirkung auf der Ausgabenseite.

Die Überschüsse der BA ließen verschiedenste politische Forderungen aufkommen. Nachdem der Staat in den vergangenen Jahren seinen Bürgern einen harten Sparkurs verordnet hatte, regte sich nun schnell das Begehren, die Ausgaben zu erhöhen. Dem stand die Auffassung entgegen, der Beitragssatz solle so schnell wie möglich reduziert werden. Dies würde dazu beitragen, die Lohnnebenkosten zu senken und so positiv auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen zu wirken. Gleichzeitig würde so auch dem Entstehen von potentiellen Überschüssen quasi vorgebeugt und damit von vornherein dem Zugriff des Staates entzogen. Da eine politische Entscheidung für das eine und gegen das andere schwierig war, entschied sich die Politik für beides.

Es wurden höhere Ausgaben beschlossen, unter anderem die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Ältere, was neben einer Belastung der öffentlichen Finanzen auch mit strukturellen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt einhergehen dürfte (vgl. Arbeitsmarktpolitik). Ferner wird die Bundesagentur in Zukunft an der Finanzierung

---

sungsgrundlage geschuldet, sondern dem Rückgang des Beitragssatzes.

der Eingliederungsmaßnahmen und der Verwaltungsausgaben für die Bezieher von Arbeitslosengeld II beteiligt. Langzeitarbeitslosigkeit ist aber kein Risiko, gegen das die BA versichert. Sobald ehemals Beschäftigte aus der Versicherungsleistung der BA herausfallen, ist es Aufgabe des Bundes – nach erfolgter Bedürftigkeitsprüfung – mit Transfers einzuspringen. Werden nun die zwangsversicherten Beitragszahler in der Arbeitslosenversicherung – und nur sie, nicht auch Rentner, Beamte, Hausfrauen, Selbständige usw. – zur Finanzierung dieser gesellschaftlichen Aufgabe herangezogen, ist dies verfehlt. Der Bund entlastet sich selbst zu Lasten einer Sozialversicherung. Um zukünftigen Zugriffen des Bundes entgegenzuwirken, denkt die BA nun über Zweckbindungen ihrer Rücklagen nach. Somit wird die Versicherung durch die vorhandenen Fehlanreize zu einem aus ihrer Sicht zwar sinnvollen, gesamtwirtschaftlich gesehen aber intransparenten und mit Kosten verbundenen Verhalten gezwungen.

Auf der Einnahmenseite wird zum 1. Januar 2008 der Beitragssatz von 4,5 auf 3,3% gesenkt. Alles in allem haben diese Eingriffe zur Folge, daß die BA im Prognosezeitraum trotz des anhaltenden Aufbaus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit Defiziten abschließen wird.<sup>26</sup>

Gerade eine entspannte Haushaltslage darf nicht dazu führen, daß die bisherigen Anstrengungen nun nicht nur nachlassen, sondern sogar in ihr Gegenteil verkehrt werden. In vielen Bereichen besteht auch weiterhin Reformbedarf. Dieser sollte nach wie vor von einem konsequenten Konsolidierungskurs – vorrangig mittels einer Begrenzung des Ausgabenanstiegs<sup>27</sup> – begleitet werden. Denn letztlich geht es nicht darum, die Defizite abzubauen; Ziel ist es, der Finanzpolitik die notwendige Bewegungsfreiheit zu verschaffen, um auf

---

<sup>26</sup> Die Regierung selbst geht in ihren Schätzungen davon aus, daß die BA – bei einem jahresdurchschnittlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,5% in den Jahren nach 2009 – im Jahr 2011 wieder einen Überschuß aufweisen kann. Sollten die Wachstumsannahmen in mittlerer Frist tatsächlich erreicht werden, ist der Haushalt somit rechtzeitig für den beginnenden Abschwung zumindest ausgeglichen.

<sup>27</sup> Zur Überlegenheit einer ausgabenseitigen Konsolidierung vgl. VAN DEUVERDEN, K.: Stabilitäts- und Wachstumspakt: kein geeigneter Weg zur Haushaltskonsolidierung – Ein Plädoyer für die Implementierung eines Ausgabenpfades –, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2005. – PROJEKTGRUPPE GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE: Aufschwung legt eine Pause ein, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, 2. Sonderausgabe 2007.

### Kasten 3:

#### Budgetüberschüsse der Bundesagentur für Arbeit verschwinden

Die jüngsten Beschlüsse der Regierungskoalition führen zu neuen finanziellen Belastungen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Diese bestehen aus der Senkung des Beitragssatzes von 4,2 auf 3,3 Prozent des Bruttolohns, der Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I für ältere Arbeitslose und den neuen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (z. B. dem neuen Eingliederungsgutschein für ältere Arbeitslose). Der Bund nutzt die aktuell günstige Finanzlage der Arbeitslosenversicherung, um vermehrt auf Mittel der BA zuzugreifen und sich so selbst finanziell zu entlasten: Der neue Eingliederungsbeitrag, den die BA an den Bund zu zahlen hat, übersteigt den bisherigen Aussteuerungsbetrag um drei Mrd. Euro. Der derzeitige hohe Budgetüberschuß der BA verwandelt sich dadurch in den nächsten Jahren in leichte Defizite.

Um den kurzfristigen Zugriff der Politik auf Rücklagen der Bundesagentur in Zukunft zu erschweren, sollen Teile der in den Jahren 2006 und 2007 gebildeten Rücklagen mit einer expliziten Zweckbindung versehen werden. So wird 2008 eine Rücklage für Beamtenpensionen der BA eingerichtet, die aus einer einmaligen Zuführung von 2,5 Mrd. Euro und regelmäßigen Zahlungen der BA gespeist werden soll. Ferner sieht der Haushaltsentwurf der BA die Umwandlung vorhandener Rücklagen in Höhe von neun Mrd. Euro in eine zweckgebundene Liquiditätsrücklage für schlechte Zeiten vor. Auf diese könnte dann nur unter strengeren Bedingungen – in einem wirtschaftlichen Abschwung zur Dämpfung von Beitragssatzerhöhungen – zugegriffen werden.

#### Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Mrd. Euro

	2006	2007	2008	2009
<b>Einnahmen</b>	<b>55,38</b>	<b>43,17</b>	<b>38,07</b>	<b>38,72</b>
Beiträge	51,18	32,51	26,31	26,74
Verwaltungskostenerstattung für SGB II	2,17	2,20	2,20	2,20
Bundeszuschuß aus der Mehrwertsteuer	-	6,47	7,58	7,78
Sonstige	2,04	2,00	1,98	2,00
<b>Ausgaben</b>	<b>44,17</b>	<b>36,32</b>	<b>39,15</b>	<b>39,13</b>
Arbeitslosengeld I	22,90	17,06	15,12	14,93
Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung (Eingliederungstitel)	2,48	2,46	3,30	3,30
Weitere Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung	8,64	7,80	8,50	8,50
Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag an den Bund	3,28	1,95	5,00	5,00
Sonstige Ausgaben <sup>a</sup>	6,87	7,06	7,23	7,40
<b>Budgetsaldo</b>	<b>11,21</b>	<b>6,85</b>	<b>- 1,08</b>	<b>- 0,41</b>
<i>Nachrichtlich:</i>				
Einmalige Einzahlung in die Versorgungsrücklage der BA	-	-	2,50	-
Regelmäßige Netto-Zuführung in die Versorgungsrücklage der BA <sup>b</sup>	-	-	0,20	0,20
Höhe der Rücklage der BA am Jahresende <sup>c</sup>	11,21	18,06	14,28	13,67

<sup>a</sup> Einschließlich Pensionszahlungen, die ab 2008 aus der Versorgungsrücklage der BA gezahlt werden sollen. – <sup>b</sup> Zuführungen in die Versorgungsrücklage abzüglich Pensionszahlungen. – <sup>c</sup> Einschließlich der ab 2008 geplanten Liquiditätsrücklage in Höhe von 9 Mrd. Euro.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; ab 2007: Berechnungen und Prognose des IWH.

Herausforderungen angemessen reagieren zu können. Eine Umstrukturierung auf der Ausgabenseite erzeugt die Möglichkeit, vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Mittel neue Prioritäten zu setzen.

So wird auch der Spielraum geschaffen, die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand zu erhö-

hen. Die Investitionsquote hat sich seit Beginn der neunziger Jahre nahezu halbiert – nicht zuletzt, weil Investitionsausgaben im Gegensatz zu anderen Ausgaben relativ flexibel sind; der aufgestaute Nachholbedarf ist groß. Eine Erhöhung der Investitionsausgaben – nicht nur im herkömmlichen

Sinn der Sachinvestitionen, sondern auch der Investitionen in Humankapital – ist im Hinblick auf zukünftige Entwicklungschancen notwendig.

Zur Zeit steht die Finanzpolitik vor allem vor der Herausforderung, die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen und zu verhindern, daß es zu einem Stillstand kommt. Umso bedenklicher erscheint, daß zur Zeit wohl eher der Rückwärtsgang eingelegt wird.

## Geldpolitik

### *Im Spannungsfeld zwischen Preis- und Finanzstabilität*

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Dezember 2007 den maßgeblichen Leitzins unverändert bei 4% gelassen. Unter dieser Voraussetzung wäre in Zeiten ruhiger Finanzmärkte die kurzfristige Refinanzierung der Banken um 0,5 Prozentpunkte teurer als ein Jahr zuvor. Gemessen am Euribor-Zinssatz für unbesicherte Interbankeneinlagen mit einer Laufzeit von drei Monaten liegen die Finanzierungskosten der Banken jedoch um etwas mehr als 1,2 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr; die kurzfristigen Realzinsen sind damit um gut ½ Prozentpunkt auf etwa 2,7% gestiegen. Nominale und reale Kapitalmarktzinsen hingegen sind im Vorjahresvergleich lediglich um 0,15 Prozentpunkte auf 4,25% bzw. 2,35% angestiegen und daher weiterhin sehr niedrig.<sup>28</sup> Die zeitliche Zinsstruktur hat sich somit abgeflacht, ist aber nicht invers.

Die außergewöhnliche Entwicklung der kurzfristigen Zinssätze reflektiert die nicht nachlassenden Verspannungen auf dem Geldmarkt, die geprägt sind vom mangelnden Vertrauen zwischen den Banken einerseits sowie von deren hohem Liquiditätssicherungsbedarf andererseits. Die Vertrauensprobleme äußern sich darin, daß die Zinsen für unbesicherte Interbankeneinlagen mit einer Laufzeit von drei Monaten wieder zunehmend diejenigen für besicherte Transaktionen gleicher Fristigkeit übersteigen. Der 3-Monats-Eurepo (Zins-

satz auf Wertpapierpensionsgeschäfte zwischen Banken) beträgt nur 4,0%. Der hohe Liquiditätsbedarf führt dazu, daß die Umlaufrenditen für kurzfristige Staatspapiere nur bei etwa 3,8% liegen und damit nahezu auf ihrem Niveau von vor einem Jahr.

Der hohe Bedarf der Banken an liquiden Anlagewerten – sei es in Form von Forderungen gegenüber dem Eurosystem oder in Form leicht liquidierbarer Anleihen erstklassiger Bonität – stellt die Geldpolitik vor ein Abwägungsproblem. Einerseits sind die Inflationsaussichten angesichts der Dynamik bei den monetären Aggregaten beunruhigend, zumal auch Zweitrundeneffekte die Preisstabilität gefährden können. Andererseits dämpfen jedoch unveränderte Leitzinsen mittelfristig bereits jetzt die Inflation aus, wenn die Probleme des Bankensektors mit in das Kalkül gezogen werden. So sind die effektiven Refinanzierungskosten der Banken gestiegen.<sup>29</sup> Zudem dürfte deren hoher Liquiditätsbedarf angesichts der anhaltenden Unsicherheiten an den Finanzmärkten auch noch bis weit in das Jahr 2008 hinein fortbestehen und somit ebenfalls das Kreditvergabepotential beeinträchtigen. Der weitgehende Zusammenbruch der Märkte für Kreditderivate mindert überdies erheblich die Möglichkeiten der Banken zur Diversifikation von Risiken. Die Eigenkapitalanforderungen für Banken werden sich durch die Hinzurechnung von bislang außerhalb der Bilanz geführten Geschäften mit dem Jahreswechsel verschärfen, während zugleich Wertberichtigungen und Abschreibungen auf deren anrechenbares Eigenkapital wirken.

Obwohl diese Effekte in den jüngsten statistischen Veröffentlichungen noch keinen Niederschlag gefunden haben, deuten die angekündigten Verschärfungen bei den Kreditkonditionen vieler Banken bereits darauf hin, daß deren Kreditneuzusagen, und mit einiger zeitlicher Verzögerung auch die Ausleihungen, ihre derzeitig kräftige Entwicklung keinesfalls werden halten können. Zudem wird der Liquiditätsbedarf auch außerhalb des Bankensektors für einige Zeit außergewöhnlich hoch sein, so daß von vergleichsweise hohen Zuwachsraten bei den Geldmengenaggregaten sowie von niedrigen Kapitalmarktzinsen nicht die sonst üblichen konjunkturellen Anregungen für die Gesamtwirtschaft ausgehen werden.

<sup>28</sup> Der kurzfristige Realzins wird hier anhand der Differenz zwischen Dreimonatszinssatz und Kernrate des HVPI (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) gemessen. Der langfristige Realzins hingegen wird bestimmt, indem von den Renditen öffentlicher Anleihen von Staaten des Euroraums mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren die erwartete langfristige Inflationsrate abgezogen wird. Letztere ergibt sich aus den Expertenbefragungen der EZB.

<sup>29</sup> Nicht nur Interbankenkredite, sondern auch die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems haben sich im vergangenen Vierteljahr verteuert. Trotz der Notwendigkeit, diese Transaktionen zu besichern, ist der entsprechende marginale Zuteilungszins auf fast 4,7% gestiegen.

Alles in allem sollte die EZB weiter abwarten, welche zusätzlichen Risiken sich im Bankensektor realisieren. Die hier vorgelegte Prognose geht dementsprechend davon aus, daß die Leitzinsen unverändert bei 4% liegen werden. Käme es hingegen zu einer Verschärfung der Situation, dann sollte die EZB zwar weiter ihrem auf Preisniveaustabilität ausgerichteten Kurs folgen, jedoch ihre Zinsen unter besonderer Berücksichtigung der mittelfristigen Folgen einer solchen Krise für Inflation und Inflationserwartungen anpassen.

Arbeitskreis Konjunktur  
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch,  
Diemo Dietrich, Kristina van Deuverden,  
Martina Kämpfe, Ingmar Kumpmann,  
Axel Lindner, Brigitte Loose, Rolf Scheufele,  
Birgit Schultz, Götz Zeddies

## Anhangstabellen

Tabelle:

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2007  
- Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts -

	Jahresausblick 2007		Sommerprognose 2007		Jahresausblick 2008		Prognosekorrektur für 2007			
	Veränderung in % gg. Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten <sup>1</sup>	Veränderung in % gg. Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten <sup>1</sup>	Veränderung in % gg. Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten <sup>1</sup>	Spalte (5)	Spalte (6)	Spalte (5)	Spalte (6)
							abzüglich Spalte (1)	abzüglich Spalte (2)	abzüglich Spalte (3)	abzüglich Spalte (4)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
<b>Inlandsnachfrage</b>	0,5	0,5	2,2	2,1	1,4	1,3	0,9	0,8	-0,8	-0,8
Privater Verbrauch	0,3	0,2	0,6	0,4	-0,2	-0,1	-0,5	-0,3	-0,8	-0,5
Staatlicher Konsum	0,8	0,1	2,1	0,4	2,3	0,4	1,5	0,3	0,2	0
Ausrüstungen	5	0,4	8	0,6	8	0,6	3	0,2	0	0
Bauten	0,7	0,1	3	0,3	2,6	0,2	1,9	0,1	-0,4	-0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,5	0	6	0,1	5,2	0,1	1,7	0,1	-0,8	0
Vorratsveränderung	-	-0,4	-	0,4	-	0,1	-	0,5	-	-0,3
<b>Außenbeitrag</b>	-	0,9	-	0,5	-	1,1	-	0,2	-	0,6
Ausfuhr	7,1	3,1	8	3,6	8	3,6	0,9	0,5	0	0
Einfuhr	5,5	-2,2	7,9	-3,1	6,2	-2,5	0,7	-0,3	-1,7	0,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	1,4	1,4	2,6	2,6	2,5	2,5	1,1	1,1	-0,1	-0,1
<i>Nachrichtlich</i>										
Bruttoinlandsprodukt USA	2,4	-	1,9	-	2,2	-	-0,2	-	0,3	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	2,2	-	2,6	-	2,6	-	0,4	-	0	-
Welthandel	6,5	-	7,2	-	5,7	-	-0,8	-	-1,5	-
Verbraucherpreise	2,2	-	1,9	-	2,2	-	0	-	0,3	-

<sup>1</sup> Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponente). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland  
Vorausschätzung für die Jahre 2007, 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

**1. Entstehung des Inlandsprodukts**

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,6	1,7	0,5	0,5	1,8	1,6	0,6	0,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,5	-0,1	-0,6	0,1	0,6	-0,8	0,9	-2,1
Arbeitstage	-0,7	-0,3	0,9	-0,1	-0,4	-0,1	0,8	1,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	1,3	0,8	0,4	2,0	0,6	2,3	-0,6
Produktivität <sup>1</sup>	2,4	1,2	0,9	1,6	0,8	1,5	-0,4	2,3
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>1,7</b>	<b>2,0</b>	<b>2,9</b>	<b>2,1</b>	<b>1,9</b>	<b>1,6</b>

**2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen**

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1 783,4	1 816,3	1 871,3	1 922,3	880,6	935,7	909,6	961,7
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 357,5	1 379,2	1 423,0	1 466,1	669,7	709,5	693,5	729,6
Staat	425,9	437,1	448,2	456,1	210,9	226,2	216,1	232,1
Anlageinvestitionen	417,1	449,8	459,6	471,8	214,3	235,5	218,6	241,1
Ausrüstungen	173,7	186,4	190,5	196,6	88,8	97,6	91,1	99,4
Bauten	217,2	236,5	241,8	247,4	112,7	123,8	114,3	127,5
Sonstige Anlageinvestitionen	26,3	26,8	27,3	27,9	12,8	14,0	13,2	14,1
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	-4,7	-3,3	0,7	5,9	5,6	-9,0	6,7	-6,0
Inländische Verwendung	2 195,8	2 262,7	2 331,6	2 400,0	1 100,5	1 162,3	1 134,8	1 196,7
Außenbeitrag	126,4	161,3	166,2	176,3	83,9	77,3	87,6	78,7
Exporte	1 046,5	1 136,5	1 216,4	1 311,0	554,0	582,5	595,4	621,0
Importe	920,1	975,3	1 050,2	1 134,8	470,1	505,2	507,8	542,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 322,2</b>	<b>2 424,0</b>	<b>2 497,8</b>	<b>2 576,2</b>	<b>1 184,4</b>	<b>1 239,6</b>	<b>1 222,4</b>	<b>1 275,4</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,0	1,8	3,0	2,7	1,7	2,0	3,3	2,8
Private Haushalte <sup>2</sup>	2,3	1,6	3,2	3,0	1,3	1,8	3,6	2,8
Staat	1,0	2,6	2,5	1,8	2,8	2,5	2,5	2,6
Anlageinvestitionen	6,7	7,8	2,2	2,6	10,8	5,3	2,0	2,4
Ausrüstungen	7,1	7,3	2,2	3,2	8,1	6,6	2,6	1,9
Bauten	6,8	8,9	2,3	2,3	14,1	4,6	1,5	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	2,2	1,7	2,3	1,9	2,4	3,1	0,4
Inländische Verwendung	3,0	3,0	3,0	2,9	2,9	3,2	3,1	3,0
Exporte	14,0	8,6	7,0	7,8	10,2	7,1	7,5	6,6
Importe	14,3	6,0	7,7	8,1	6,3	5,7	8,0	7,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,5</b>	<b>4,4</b>	<b>3,0</b>	<b>3,1</b>	<b>4,8</b>	<b>4,0</b>	<b>3,2</b>	<b>2,9</b>

**3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)**

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1 642,8	1 649,1	1 674,6	1 701,8	805,2	843,9	819,5	855,2
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 242,1	1 239,4	1 255,9	1 275,0	604,3	635,1	614,0	641,9
Staat	400,7	409,9	419,0	427,1	201,0	208,9	205,6	213,4
Anlageinvestitionen	427,2	448,5	455,8	465,8	213,6	234,9	216,7	239,1
Ausrüstungen	191,2	206,4	212,7	221,2	97,9	108,6	101,2	111,5
Bauten	207,8	213,2	213,7	215,0	102,1	111,1	101,4	112,3
Sonstige Anlageinvestitionen	30,1	31,7	32,9	34,1	14,8	16,8	15,8	17,1
Inländische Verwendung	2 054,4	2 083,2	2 119,3	2 161,0	1 021,1	1 062,1	1 039,4	1 079,9
Exporte	1 038,4	1 121,9	1 194,1	1 276,4	547,6	574,3	584,9	609,2
Importe	911,0	967,8	1 037,1	1 115,2	466,4	501,4	501,1	536,0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 183,0</b>	<b>2 236,9</b>	<b>2 276,0</b>	<b>2 322,2</b>	<b>1 101,9</b>	<b>1 135,0</b>	<b>1 122,6</b>	<b>1 153,3</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,9	0,4	1,5	1,6	0,3	0,4	1,8	1,3
Private Haushalte <sup>2</sup>	1,0	-0,2	1,3	1,5	-0,3	-0,1	1,6	1,1
Staat	0,9	2,3	2,2	1,9	2,3	2,3	2,3	2,2
Anlageinvestitionen	6,1	5,0	1,6	2,2	7,5	2,8	1,4	1,8
Ausrüstungen	8,3	8,0	3,0	4,0	9,0	7,1	3,4	2,7
Bauten	4,3	2,6	0,3	0,6	6,7	-1,0	-0,7	1,1
Sonstige Anlageinvestitionen	6,7	5,2	4,0	3,5	4,6	5,8	6,6	1,8
Inländische Verwendung	1,9	1,4	1,7	2,0	1,3	1,5	1,8	1,7
Exporte	12,5	8,0	6,4	6,9	9,6	6,6	6,8	6,1
Importe	11,2	6,2	7,2	7,5	6,6	5,9	7,4	6,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>1,7</b>	<b>2,0</b>	<b>2,9</b>	<b>2,1</b>	<b>1,9</b>	<b>1,6</b>

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland  
Vorausschätzung für die Jahre 2007, 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

**4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000 = 100)**

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,4	1,8	1,8	1,5	1,6	2,0	1,9	1,7
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,3	0,3	-0,2	0,5	0,2	0,2	0,4
Anlageinvestitionen	0,6	2,7	0,6	0,4	3,0	2,4	0,6	0,5
Ausrüstungen	-1,1	-0,6	-0,8	-0,8	-0,8	-0,4	-0,8	-0,8
Bauten	2,4	6,2	2,0	1,6	6,9	5,6	2,2	1,8
Exporte	1,3	0,5	0,6	0,8	0,5	0,5	0,6	0,5
Importe	2,8	-0,2	0,5	0,5	-0,3	-0,2	0,6	0,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,6</b>	<b>1,9</b>	<b>1,3</b>	<b>1,1</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>

**5. Einkommensentstehung und -verteilung**

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	1 708,4	1 766,7	1 819,9	1 872,0	863,7	903,1	894,8	925,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223,4	225,3	226,4	231,0	108,8	116,5	109,8	116,6
Bruttolöhne und -gehälter	926,0	954,3	972,6	991,2	453,6	500,7	465,8	506,7
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	559,0	587,1	621,0	649,9	301,2	285,9	319,2	301,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	296,5	330,3	344,0	362,9	150,7	179,6	155,0	189,0
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2 004,9</b>	<b>2 097,1</b>	<b>2 163,9</b>	<b>2 234,9</b>	<b>1 014,4</b>	<b>1 082,7</b>	<b>1 049,8</b>	<b>1 114,1</b>
Abschreibungen	339,5	345,9	352,8	360,2	172,8	173,0	175,4	177,4
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2 344,4</b>	<b>2 443,0</b>	<b>2 516,7</b>	<b>2 595,2</b>	<b>1 187,2</b>	<b>1 255,7</b>	<b>1 225,2</b>	<b>1 291,5</b>
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	1 751,2	1 817,6	1 876,2	1 940,0	874,4	943,2	904,8	971,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601,9	638,0	677,2	717,8	312,0	326,0	329,2	348,1
Arbeitnehmerentgelt	1 149,4	1 179,6	1 199,0	1 222,2	562,5	617,2	575,6	623,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	3,3	3,4	3,0	2,9	3,6	3,2	3,6	2,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	0,9	0,5	2,0	1,1	0,6	0,9	0,1
Bruttolöhne und -gehälter	1,5	3,1	1,9	1,9	3,6	2,6	2,7	1,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,9	1,3	1,4	1,5	1,7	0,9	2,1	0,9
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	6,6	5,0	5,8	4,7	4,6	5,5	6,0	5,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,8	11,4	4,1	5,5	13,6	9,6	2,8	5,2
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3,9</b>	<b>4,6</b>	<b>3,2</b>	<b>3,3</b>	<b>5,0</b>	<b>4,2</b>	<b>3,5</b>	<b>2,9</b>
Abschreibungen	1,2	1,9	2,0	2,1	1,8	2,0	1,5	2,5
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3,5</b>	<b>4,2</b>	<b>3,0</b>	<b>3,1</b>	<b>4,5</b>	<b>3,9</b>	<b>3,2</b>	<b>2,8</b>
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,6	3,8	3,2	3,4	3,9	3,7	3,5	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,2	6,0	6,2	6,0	5,4	6,6	5,5	6,8
Arbeitnehmerentgelt	1,7	2,6	1,6	1,9	3,1	2,2	2,3	1,0

**6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte 2**

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	984,6	996,0	1 009,0	1 022,4	480,6	515,3	489,0	520,1
Nettolöhne und -gehälter	605,4	620,7	630,9	639,9	292,9	327,8	300,7	330,2
Monetäre Sozialleistungen	458,8	450,3	452,2	456,7	226,3	224,0	225,8	226,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	79,7	75,0	74,1	74,2	38,6	36,4	37,5	36,6
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	559,0	587,1	621,0	649,9	301,2	285,9	319,2	301,8
Sonstige Transfers (Saldo) <sup>5</sup>	- 49,9	- 61,2	- 59,9	- 56,1	- 28,8	- 32,4	- 28,7	- 31,2
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1 493,7</b>	<b>1 521,9</b>	<b>1 570,1</b>	<b>1 616,1</b>	<b>753,1</b>	<b>768,8</b>	<b>779,4</b>	<b>790,6</b>
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	22,2	24,7	26,7	27,5	11,8	13,0	12,7	14,0
Konsumausgaben	1 357,5	1 379,2	1 423,0	1 466,1	669,7	709,5	693,5	729,6
Sparen	158,4	167,5	173,7	177,5	95,2	72,3	98,7	75,1
Sparquote (%) <sup>6</sup>	10,5	10,8	10,9	10,8	12,5	9,2	12,5	9,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	0,3	1,2	1,3	1,3	1,1	1,2	1,7	0,9
Nettolöhne und -gehälter	0,4	2,5	1,6	1,4	3,1	2,0	2,7	0,7
Monetäre Sozialleistungen	-0,2	-1,9	0,4	1,0	-2,5	-1,2	-0,3	1,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	-1,5	-5,8	-1,3	0,2	-5,4	-6,2	-2,8	0,4
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	6,6	5,0	5,8	4,7	4,6	5,5	6,0	5,6
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>2,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>3,5</b>	<b>2,8</b>
Konsumausgaben	2,3	1,6	3,2	3,0	1,3	1,8	3,6	2,8
Sparen	1,5	5,7	3,7	2,2	6,1	5,2	3,6	3,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland  
Vorausschätzung für die Jahre 2007, 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>9</sup></b>								
a) Mrd. EUR								
<b>Einnahmen</b>								
Steuern	530,5	574,5	585,6	604,5	285,8	288,7	292,5	293,1
Sozialbeiträge	401,1	398,7	399,2	407,8	194,4	204,3	194,5	204,7
Vermögenseinkommen	17,4	17,7	17,6	17,8	10,7	7,0	10,6	7,0
Sonstige Transfers	14,3	14,1	14,4	14,7	6,7	7,4	6,9	7,5
Vermögenstransfers	9,2	10,1	10,3	10,8	5,1	5,0	5,0	5,3
Verkäufe	44,4	45,9	46,8	47,4	21,9	24,0	22,3	24,5
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
<b>Insgesamt</b>	<b>1 017,2</b>	<b>1 061,2</b>	<b>1 074,3</b>	<b>1 103,3</b>	<b>524,7</b>	<b>536,5</b>	<b>532,0</b>	<b>542,3</b>
<b>Ausgaben</b>								
Vorleistungen <sup>8</sup>	269,3	279,2	287,2	294,4	134,3	144,9	138,2	149,0
Arbeitnehmerentgelt	167,7	169,5	173,4	174,5	81,3	88,1	83,1	90,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	64,9	67,1	67,6	67,7	33,4	33,8	33,5	34,1
Subventionen	26,8	26,2	26,8	26,8	12,2	14,0	12,6	14,2
Monetäre Sozialleistungen	428,5	420,8	422,2	426,7	211,8	209,0	210,8	211,5
Sonstige laufende Transfers	35,2	35,7	38,2	40,4	18,0	17,7	19,5	18,7
Vermögenstransfers	30,8	29,2	27,9	26,9	15,7	13,5	14,2	13,7
Bruttoinvestitionen	32,8	36,0	37,2	37,5	16,0	20,0	14,4	22,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,3	-1,5	-1,5	-0,6	-0,8	-0,7	-0,8
<b>Insgesamt</b>	<b>1 054,5</b>	<b>1 062,4</b>	<b>1 078,9</b>	<b>1 093,3</b>	<b>522,3</b>	<b>540,1</b>	<b>525,4</b>	<b>553,6</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-37,3</b>	<b>-1,2</b>	<b>-4,7</b>	<b>10,0</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,6</b>	<b>6,6</b>	<b>-11,3</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

<b>Einnahmen</b>								
Steuern	7,6	8,3	1,9	3,2	10,6	6,1	2,3	1,5
Sozialbeiträge	1,1	-0,6	0,1	2,2	-0,2	-1,0	0,1	0,2
Vermögenseinkommen	23,0	1,9	-0,4	0,7	7,4	-5,5	-1,0	0,6
Sonstige Transfers	-21,4	-1,4	2,1	2,4	-1,9	-0,9	3,3	0,9
Vermögenstransfers	-7,1	9,8	2,0	4,6	8,3	11,4	-2,5	6,6
Verkäufe	0,0	3,3	2,0	1,3	3,3	3,4	2,0	2,0
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>4,1</b>	<b>4,3</b>	<b>1,2</b>	<b>2,7</b>	<b>5,8</b>	<b>3,0</b>	<b>1,4</b>	<b>1,1</b>
<b>Ausgaben</b>								
Vorleistungen <sup>8</sup>	1,8	3,7	2,9	2,5	3,6	3,7	2,9	2,9
Arbeitnehmerentgelt	-0,4	1,0	2,3	0,7	1,5	0,5	2,1	2,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	3,7	3,5	0,6	0,2	4,1	3,0	0,4	0,8
Subventionen	-1,7	-2,1	2,2	0,0	-4,4	0,1	2,7	1,8
Monetäre Sozialleistungen	-0,5	-1,8	0,3	1,1	-2,4	-1,2	-0,5	1,2
Sonstige laufende Transfers	-0,5	1,5	7,0	5,8	0,6	2,4	8,3	5,6
Vermögenstransfers	-11,5	-5,1	-4,6	-3,5	-6,6	-3,2	-10,1	1,9
Bruttoinvestitionen	6,9	10,0	3,3	0,6	19,3	3,5	-10,5	14,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>0,2</b>	<b>0,8</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>0,6</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>	<b>2,5</b>

<sup>1</sup> Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

<sup>2</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

<sup>3</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

<sup>4</sup> Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuß sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

<sup>5</sup> Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

<sup>6</sup> Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

<sup>7</sup> Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

<sup>8</sup> Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; 2007, 2008 und 2009: Prognose des IWH.